

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 121

JANUAR/FEBRUAR 1996

DM 1,-

Streikwelle durch Gewerkschaftsbürokraten gekippt Französische Arbeiter wehren Regierungsangriff ab

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

AFP

Massendemo von streikenden Arbeitern in Paris, 5. Dezember 1995

1. Januar — Nach einer massiven Streikwelle gegen den Angriff der Regierung auf das Sozialversicherungssystem kehrten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Frankreichs wieder an die Arbeit zurück. Drei Wochen lang war der Verkehr immer mehr zum Erliegen gekommen, den streikenden Eisenbahnarbeitern hatten sich Beschäftigte im öffentlichen Nahverkehr, bei der Post, bei öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Krankenhäusern angeschlossen. Entgegen den Erwartungen der Regierung fanden die Arbeitskampfaktionen allgemeine und sogar begeisterte Unterstützung beim Großteil der Bevölkerung, die ihr Netz der sozialen Grundversorgung durch die „Reformen“ von Ministerpräsident Alain Juppé bedroht sieht. Die gewaltige Streikwelle in Frankreich sandte Schockwellen durch ganz

Europa und die Welt. Bereits am 13. Dezember gab es eine Demonstration von 60 000 Menschen in Brüssel gegen die weitreichenden Haushaltskürzungen, die die belgische Regierung angeordnet hatte.

Juppé konnte wochenlang den harten Mann spielen, weil die Streikwelle auf die Arbeiter des öffentlichen Sektors begrenzt blieb und nicht auf die Schlüsselindustrien ausgeweitet wurde. Eine Serie von einem halben Dutzend eintägiger Generalstreiks der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ging jedoch mit wachsenden Massenmobilisierungen einher und hatte ihren Höhepunkt am 12. Dezember, als mehr als zwei Millionen Demonstranten auf die Straßen strömten. Die Massenmobilisierungen gegen die Regierung,

Fortgesetzt auf Seite 5

**Baut eine revolutionäre Partei auf,
die für eine Arbeiterregierung kämpft!**

Frankreich: Syndikalismus oder Bolschewismus



TROTZKI

Die explosiven Streiks in Frankreich zeigten die Kampfbereitschaft des Proletariats, wie auch die Entschlossenheit der Gewerkschaftsbürokraten zu verraten. Besonders seit der Stalinismus unter der Wucht seines eigenen Bankrotts zusammengebrochen ist, wenden sich immer mehr radikale Jugendliche und Arbeiter in Westeuropa den „partei feindlichen“ Traditionen des Anarchismus und Syndikalismus zu, in denen sie eine Alternative zu den reformistischen Parteien sehen. 1929 ging Trotzki auf die widersprüchlichen Aspekte der revolutionären syndikalistischen Massenbewegung ein, die vor der bolschewistischen Revolution von 1917 existierte.

Die Kommunistische Partei ist die grundlegende Waffe der revolutionären Aktion des Proletariats, die Kampforganisation seiner Avantgarde, die in ausnahmslos allen Bereichen ihres Kampfes zur Rolle des Führers der Arbeiterklasse heranreifen muß, und folglich auch auf dem Kampffeld der Gewerkschaften...

Als der französische Vorkriegs-Syndikalismus in der Epoche seines Aufstiegs und seiner Ausbreitung für die Autonomie der Gewerkschaften kämpfte, kämpfte er damit wirklich für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der bürgerlichen Regierung und ihren Parteien, auch von denen des reformistisch-parlamentarischen Sozialismus. Dies war ein Kampf gegen den Opportunismus – für einen revolutionären Weg. Der revolutionäre Syndikalismus machte in diesem Zusammenhang aus der Autonomie der Massenorganisationen keinen Fetisch. Im Gegenteil, er verstand und predigte die führende Rolle der revolutionären Minderheit in bezug auf die Massenorganisationen, die die Arbeiterklasse mit all ihren Widersprüchen, ihrer Rückständigkeit und ihren Schwächen widerspiegeln.

In ihrem Wesen war die Theorie der aktiven Minderheit eine unvollständige Theorie einer proletarischen Partei. In seiner ganzen Praxis war der revolutionäre Syndikalismus der Embryo einer revolutionären Partei und gegen den Opportunismus gerichtet, d. h. er war eine bemerkenswerte Ankündigung des revolutionären Kommunismus.

Die Schwäche des Anarcho-Syndikalismus, auch in seiner klassischen Zeit, war das Fehlen einer korrekten theoretischen Grundlage, und als ein Ergebnis dessen ein falsches Verständnis von der Natur des Staates und seiner Rolle im Klassenkampf; weiter eine unvollständige, nicht



LENIN

voll entwickelte und deshalb falsche Auffassung von der Rolle der revolutionären Minderheit, d. h. der Partei. Daher die Fehler in der Taktik, wie z. B. die Fetischisierung des Generalstreiks, das Ignorieren einer Verbindung zwischen dem Aufstand und der Eroberung der Macht, usw.

Nach dem Krieg fand der französische Syndikalismus nicht nur seine Widerlegung, sondern auch seine Weiterentwicklung und seine Vervollendung im Kommunismus. Bemühungen, den revolutionären Syndikalismus wiederzubeleben, können jetzt nur noch den Versuch bedeuten, die Geschichte zurückzudrehen. Für die Arbeiterbewegung können solche Bestrebungen nur noch eine reaktionäre Bedeutung haben.

Die Epigonen des Syndikalismus verwandeln (in Worten) die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsorganisation von der Bourgeoisie und den reformistischen Sozialisten in eine *Unabhängigkeit überhaupt*, in eine *absolute* Unabhängigkeit von allen Parteien einschließlich der Kommunisten...

Unabhängigkeit vom Einfluß der Bourgeoisie kann kein passiver Status sein. Sie kann sich nur in politischem Handeln äußern, d. h. durch den Kampf gegen die Bourgeoisie. Dieser muß angeleitet sein von einem eindeutigen Programm, das eine Organisation und die Taktiken für seine Anwendung erfordert. Erst die Einheit von Programm, Organisation und Taktik konstituiert die Partei. In diesem Sinne kann die wirkliche Unabhängigkeit des Proletariats vom bürgerlichen Staat nur dann erzielt werden, wenn das Proletariat seinen Kampf unter der Führung einer revolutionären, und nicht einer opportunistischen, Partei austrägt.

Leo Trotzki, „Kommunismus und Syndikalismus“
(Oktober 1929)

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Alexis Hecht, Barbara Köhler,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes,
Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01, Korrespondenz über
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 121

Januar/Februar 1996

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (0345) 2 02 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Spartakist-Jugend

Turin: 30 000 Demonstranten auf der Straße gegen Apartheid-Erlaß

Die Regierung von Dini in Italien erließ im November ein Dekret gegen Immigranten, wonach die Deportation aller Personen ohne EU-Papiere zulässig ist, wenn sie „über ihre Verhältnisse leben“, eine „soziale Gefahr“ darstellen oder sogar wegen „Störung des Friedens“. Die Faschisten der MSI (umbenannt in „Nationale Allianz“) und die Sozialdemokraten der PDS (Demokratische Linkspartei, Nachfolgepartei der stalinistischen PCI) unterstützten dieses rassistische Gesetz.

Als Antwort darauf riefen die Bürokraten des Gewerkschaftsdachverbandes CGIL, der von der PDS unterstützt wird, sowie die katholische Kirche und einige Liberale für den 20. November in Turin zu einem „multikulturellen Festival gegen Rassismus“ auf. Aber die Vereinigungen der Immigranten, die viele eingewanderte Arbeiter und ihre Familien vertreten, hatten kein Bedürfnis, eine „Party gegen den Rassismus“ zu feiern. Sie verlangten eine kämpferische Demo. Aus Furcht davor, daß die Stärke der Arbeiterklasse zu sehen wäre, teilten die Bürokraten die Demo in zwei Demonstrationzüge, die erst auf dem Hauptplatz im Stadtzentrum zusammenkamen.

Die von den CGIL-Führern organisierte Demonstration von insgesamt 12 000 wurde vom Turiner Bürgermeister Castellani und seinem Vorgänger Novelli angeführt, der von Leibwächtern geschützt werden mußte, weil er erst zwei Wochen vorher an einer faschistischen Demonstration gegen Immigranten teilgenommen hatte. Ihnen folgten die Kontingente der PDS und der CGIL und am Ende ein kleiner abgetrennter Block von Immigranten.

An der anderen Demo, die von den Immigrantenvereinigungen organisiert worden war, beteiligten sich 18 000. Dieser integrierte Demonstrationzug (ein Drittel Immigranten, meistens französischsprachige Nordafrikaner und Schwarzafrikaner) zog die kämpferischeren Gruppen der Immigranten und Linken an, einschließlich der Autonomen, Rifondazione comunista (RC) und eines versprengten Häufchens von Pseudotrotzkisten. Auf dem Versamm-

lungsplatz begrüßten sie die Bürokraten der CGIL mit Bannern, auf denen stand: „Bossi [Führer der rassistischen Lega Nord], D'Alema [Führer der PDS] und Fini [Führer der faschistischen AN/MSI], ihr seid alle gleich, geht nach Hause“, und: „Bossi, D'Alema fuori dai coglione“ (sinngemäß: verpöcht euch).

Die PDS-Linie wurde sehr klar, als Cofferati, der PDSler, der Chef der CGIL ist, sich an die Demo wandte und „straffällig gewordene und unehrliche“ Immigranten angriff und ihre Abschiebung forderte. Dies führte zu Sprechchören wie „Rassist, dreckiges Schwein, Ausverkauf“, die seine Tiraden übertönten. Zu den lautesten Protestierern gehörten die Jugendgruppen der RC. Aber die wirkliche Politik von RC, die die Dini-Volksfrontregierung „toleriert“, wurde durch ihre Broschüre „Für eine multiethnische Gesellschaft“ enthüllt, die bei der Demonstration verteilt wurde. Darin heißt es: „Alle ehrlichen Bürger und Arbeiter, Italiener und ausländischen Einwanderer verabscheuen das kriminelle Phänomen, daß das Zusammenleben der Mitbürger heutzutage stört. Es ist notwendig, daß die zuständigen Behörden Kriminalität jeder Art effektiv unterdrücken und die italienischen Gesetze mit den modernsten Ermittlungstechniken, die verfügbar sind, gegen Drogenhändler und das Prostitutionsgewerbe einsetzen...“ Dies ist ein offen rassistischer Appell für staatliche Unterdrückung von Immigranten.

Die Intervention der Lega trotskista d'Italia, der sich Mitglieder der Spartakist-Jugend aus Deutschland und Frankreich angeschlossen hatten, stieß bei Immigranten und linken Jugendlichen auf Begeisterung. Unsere Propaganda forderte: „Nieder mit dem rassistischen Dekret! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“ und erklärte, daß Volksfrontregierungen wie die von Dini den Weg für die kapitalistische Reaktion bereiten, indem sie die Arbeiterklasse fesseln. Nur die Arbeiterklasse, geführt von ihrer revolutionären Partei, die für die sozialistische Revolution kämpft, kann den Weg freimachen, um alle Kräfte des Rassismus und Faschismus ein für alle Mal hinwegzufegen. ■

Wir begrüßen unsere neuen Leser!



Spartakist

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	95	115	121
Halle	40	51	128
Hamburg	45	57	127
Auf Entfernung	10	15	150
Gesamt	190	238	125

Abonniert jetzt!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
- Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Bestellt über: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin Sp 121
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 1

die anfangs auf Paris konzentriert waren, verbreiteten sich praktisch über das ganze Land. Und genau zu diesem Zeitpunkt wurden die reformistischen Führer der Arbeiterklasse aktiv, um das Aufblühen des Klassenkampfes zu ersticken.

Um eine gefährliche Eskalation zu stoppen, versuchte es die Regierung mit „Salamitaktik“ und machte Angebote, um die Eisenbahnarbeiter, den harten Kern der Streikbewegung, aus der Streikfront herauszubrechen. Gleichzeitig gelobte Juppé, das Kernstück seiner arbeiterfeindlichen „Reformen“ beizubehalten: die Pläne zur drastischen Kürzung der staatlichen Gesundheitsversorgung. Als die Ereignisse sich überschlugen und auf einen Frontalzusammenstoß hinausliefen mit der Möglichkeit einer umfassenden Mobilisierung der Arbeiter, die leicht außer Kontrolle hätte geraten können, gingen die Gewerkschaftsböden auf die Politik der Bourgeoisie des „Teile und Herrsche“ ein. Als Gegenleistung dafür, daß die Regierung ihre geplante Kürzung der Renten und die Entlassungen der Eisenbahnarbeiter zurücknahm, sollten die Streiks zu einem Ende gebracht werden.

In Anlehnung an die berühmte Erklärung des französischen stalinistischen Führers Maurice Thorez im Generalstreik von 1936 bekundete die Manager-„Gewerkschaft“ CGC: „Man muß wissen, wie man einen Streik beendet.“ Die Reformisten wissen das ganz bestimmt. Sowohl *L'Humanité*, die Tageszeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), als auch die sozialdemokratische *Libération* brachten auf der Titelseite Fotos mit jubelnden Eisenbahnarbeitern, die aus dem Zug, *der sie zurück zur Arbeit brachte*, rote Fahnen schwenkten. Louis Viannet, Anführer der PCF-geführten Gewerkschaftsföderation CGT, pries zynisch den „Sieg der Bahnarbeiter, die ihre Bereichsforderungen durchgesetzt haben“. Aber kaum hatten die Arbeiter angefangen, wieder zur Arbeit zu gehen, verabschiedete das Parlament Gesetze, die Juppé dazu ermächtigten, per Dekret neue Steuern zu erheben, damit seine 0,5-prozentige Erhöhung der Einkommenssteuer am 1. Januar in Kraft treten konnte.

Es gibt weitverbreitete Bitterkeit unter den kämpferischen Arbeitern, die davon sprechen, den Streik gegen die Angriffe der Regierung wieder aufzunehmen. Während das Nachgeben gegenüber den Eisenbahnergewerkschaften es möglich machte, die Streikbewegung zu spalten, verdeutlichte es auch die Schwäche der Regierung, was andere Sektoren ermutigen könnte. Ein Einfrieren der Löhne und Gehälter für alle 5,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, was im Januar in Kraft treten soll, könnte einen erneuten Ausbruch der Proteste provozieren. Aber man kann nicht Kämpfe an- und abstellen wie mit einem Lichtschalter. Die Schlüsselfrage war und ist weiterhin die Frage der Führung.

Vom Beginn der Streiks an hatten die Gewerkschaftsführer (zusammen mit den Führern der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei) und die Masse der Streikenden zwei völlig verschiedene Motivationen. Bei diesem Kampf befanden sich die reformistischen Bürokraten tatsächlich in einem zeitweiligen *Block* mit den Arbeitern, aufgrund ihrer eigenen Interessen. Die Arbeiter hatten es satt nach 13 Jahren Kahlschlagpolitik gegen die Arbeiter-



Pellissier/Reuters

Kohlebergleute aus der Region Gardanne verbünden sich mit Studenten in Marseille, die gegen Kürzungen protestieren

klasse, mit den Angriffen auf die Löhne und der steigenden Arbeitslosigkeit (jetzt über 12 Prozent) unter dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand. Dann kamen die „Reformen“ der konservativen Chirac/Juppé-Regierung, ein umfassender Angriff auf den Lebensstandard, den sie im Verlauf der letzten Jahrzehnte erreicht hatten. Aber während die Arbeiter in ihrem eigenen Klasseninteresse kämpften, ging es den reformistischen Führungen darum, ihre Rolle als Klassenkollaborateure weiter spielen zu können, um die Arbeiterklasse zu kontrollieren und auszuverkaufen.

Die Gewerkschaftsführer sind weitgehend in den Staatsapparat integriert über unzählige Organe der Klassenzusammenarbeit, die dazu beitragen, das riesige französische System von Sozialleistungen zu verwalten. Die Bürokraten bekamen ihre eigenen Privilegien aus diesen sozialen Ererungenschaften, die es den Gewerkschaften erlaubten, Hunderte von bezahlten Funktionären zu haben. So hat sich für die Reformisten deren soziale und politische Rolle ausgezahlt, Frankreich ruhig zu halten für kapitalistische Ausbeutung im Innern und Kolonialismus im Ausland. Und jetzt ist die materielle Basis für ihre Rolle als „privilegierte Gesprächspartner“ der Bourgeoisie und deren Staates unter Beschuß.

Die Streikwelle in Frankreich war die erste große Klassenschlacht in der „Neuen Weltordnung“, die von Washington bei der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion triumphierend ausgerufen wurde. Die deutsche Bourgeoisie hat auf Paris enormen Druck ausgeübt, das Haushaltsdefizit zu reduzieren als eine Vorbedingung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung. Europas kapitalistische Herrscher versuchen heute, in gleicher Weise wie Reagan und Thatcher in den 80er Jahren mit massiven Angriffen gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Sie wollen ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ in einem Klima erbitterter wirtschaftlicher Rivalitäten zwischen den imperialistischen Ländern verstärken, wobei die vorherrschenden Mächte (USA, Deutschland und Japan) ihre Einflußsphären konsolidieren.

Die französischen Streiks begannen zwar als ein Verteidigungskampf bestimmter Sektoren, nahmen aber schnell den Charakter eines breiten sozialen Kampfes an. Doch der politische Würgegriff der Reformisten hinderte sie daran,

Fortgesetzt auf Seite 6

Mailand: Protest gegen Polizeiüberfall auf autonomes Zentrum Leoncavallo!

Am 23. Dezember gingen in Mailand über 20 000 Menschen gegen den brutalen Polizeiüberfall auf die Straße, der vier Tage vorher stattgefunden hatte. An der von Jugendlichen dominierten Demo beteiligten sich auch Mitglieder von Basiskomitees aus den Betrieben (COBAS), Arbeiter von Alfa-Romeo, Rifondazione comunista und unsere Genossen der Lega trotskista d'Italia (LTd'I). Eine Protesterklärung der mit der LTd'I verbundenen Verteidigungsorganisation Comitato di difesa sociale e proletaria (CODISPRO) vom 20. Dezember schilderte den Angriff der Polizei:

„In einer Nacht- und Nebelaktion im Stile eines Gestapo-Überfalls zerstörten rund 200 Polizisten, darunter Spezialeinheiten der Carabinieri und der politischen Polizei Digos, das Sozialzentrum Leoncavallo. Unter dem juristischen Vorwand einer Suche nach ‚Drogen‘, die dazu dienen sollte, politische Gewalt und Unterdrückung zu verschleiern, riegelte diese Armee von Bullen die Via Watteau mit Dutzenden von gepanzerten Fahrzeugen und Drogenspürhunden ab, während ein Spezialkommando von rund 50 Mann in Schwarzhemden und Skimasken die Wände des Leoncavallo hochkletterte. Unter den Schlägen von Eisenstangen und Ketten wurden 18 Leute im Hof zusammengetrieben. Man befahl ihnen: ‚Bauch auf den Boden, Bastarde!‘, während man ihnen den Mund knebelte und ihre Hände hinter ihrem Rücken mit Handschellen fesselte. Fünf Jugendliche, darunter zwei Nordafrikaner, wurden verhaftet: A. Begnamini (25), S. Fhadli (27), E. Caizzi (20) wurden vor Ort festgenommen. E. Daniele (24) und E.M. Nefati (23) wurden zur gleichen Zeit zu Hause verhaftet...

Nach wochenlangen faschistischen Provokationen gegen das Leoncavallo durch die Squadristi der Lega Nord im ‚Greco-Nachbarschaftskomitee‘ gingen nun die *Squadristi di stato* [Squadristi des Staates] daran, das Sozialzentrum zu zerstören. Daß die Carabinieri und Spezialkommandos dafür berüchtigt sind, daß sie sich mit den Faschisten überschneiden, wurde bei diesem Blitzkrieg-Angriff bestätigt. *Il Manifesto* (20. Dezember) berichtet, daß die Wände des Leoncavallo mit Hakenkreuzen beschmiert wurden. Die Bibliothek des Zentrums wurde von Polizisten zerstört, die auf die Bücher urinierten, Videokassetten zerstörten und Computer zerschlugen. Ein Davidstern wurde über eine Wandmalerei einer indianischen Frau geschmiert – die Botschaft scheint zu sein, daß den Linken und Immigranten in Italien der gleiche tödliche Terror droht, den die Nazis gegen die Juden ausübten.

Der brutale Angriff auf das Leoncavallo zeigt eine bedrohliche Entwicklung, die an die ‚Strategie der Spannung‘ der Regierung in den 70er Jahren erinnert, als staatlich sanktionierte und geförderte faschistische Aktivitäten wie der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna zum Vorwand genommen wurden für eine brutale Hexenjagd ge-

gen die Linke... Wenn sie heute gegen das Leoncavallo vorgehen, gegen wen geht es dann morgen? Wie in den 20er Jahren ist letztlich die kämpferische italienische Arbeiterklasse die Zielscheibe dieses Terrors und dieser Repression, wie das brutale Zusammenschlagen der Bergleute von Sulcis durch die Polizei am 20. Dezember vor dem Parlamentsgebäude in Rom zeigte. Es ist notwendig, daß die machtvolle Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterorganisationen mobilisiert werden zur Verteidigung des Leoncavallo und aller Opfer von rassistischer kapitalistischer Repression.“

Den Hintergrund für den Angriff auf das Leoncavallo bilden der Krieg der Regierung gegen Immigranten und zunehmende faschistische Angriffe. Darüber hinaus kommt dieser Angriff unmittelbar nach der militanten Streikwelle in Frankreich, die in Italien ein starkes Echo gefunden und den kapitalistischen Herrschern das Fürchten beigebracht hat. Diese gehen immer mehr dazu über, einen „starken Staat“ aufzubauen, um ihr System der kapitalistischen Ausbeutung weiter aufrechtzuerhalten und Angriffe gegen die Arbeiter, die Frauen, die Jugendlichen und unterdrückte Minderheiten durchzupeitschen.

Die kämpferische Demo endete vor dem Gefängnis San Vittore, das im Zentrum von Mailand liegt. Ein Genosse der LTd'I schilderte die Szene dort:

„Viele Jugendliche aus dem Sozialzentrum warfen Feuerwerkskörper und Rauchbomben über die hohen Befestigungsmauern des Gefängnisses, und es gab viele laute Explosionen innerhalb der Mauern. Die Menge skandierte laut: ‚Freiheit für die Genossen‘, und viele riefen spontan: ‚Freiheit für Mumia Abu-Jamal‘. Die ganze Menge war so laut, daß die Gefangenen sie hören konnten. Dann konnten alle sehen, wie brennendes Papier und brennende Laken aus den Fenstern einiger Gefängniszellen rausgehalten wurden als Zeichen der Solidarität, und die Menge brach in Beifall aus und tobte vor Begeisterung.“

In diesem Sommer haben das CODISPRO und das Leoncavallo gemeinsam zu einem Einheitsfrontprotest in Mailand aufgerufen zur Verteidigung des schwarzen Journalisten, ehemaligen Black Panthers und MOVE-Unterstützers Mumia Abu-Jamal, dem wegen seines Engagements für die Unterdrückten die Hinrichtung in den USA droht. Auf der Schlußkundgebung überbrachte eine Sprecherin des CODISPRO eine Solidaritätserklärung von Mumia aus der Todeszelle des SCI-Greene-Gefängnisses in West-Pennsylvania. Er verurteilte den Polizeiüberfall als eine „Ungeheuerlichkeit“ und sagte: „Ich möchte einfach, um auf jene Realität zu reagieren, natürlich allen fünf, die verhaftet, eingekerkert und begraben wurden, meine Unterstützung ausdrücken, aber auch dem Zentrum Leoncavallo, und ich hoffe, daß sie es wieder aufbauen können.“

So wie Mumia Abu-Jamal ein Name ist, der Millionen in der ganzen Welt bewegt, so muß der Name Leoncavallo jetzt entschiedenen Protest hervorrufen und dazu führen, den kapitalistischen Staatsterror zu entlarven. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Das Komitee für soziale Verteidigung schließt sich dem Protest seiner italienischen Schwesterorganisation an und fordert von euch Solidarität. Sendet Protestbriefe, Faxe und Telegramme an: Italienische Botschaft, Karl-Finkelburg-Str. 49, 53173 Bonn, Fax-Nr. (02 28) 82 21 69, und schickt eine Kopie an das KfsV.

Stoppt die Hexenjagd! Verteidigt Leoncavallo! Freiheit für die Leoncavallo-Fünf! Weg mit den Anklagen!■

Berliner Treffpunkt der Spartakist-Jugend

Jeden Mittwoch, 18.00 – 20.00 Uhr
Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111

Für weitere Informationen: (0 30) 4 43 94 00

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 5

zum Beispiel gegen das „Vigipirate“-Polizeischleppnetz anzugehen (benannt wie die rassistische Kampagne Mitterrands während des Golfkriegs). Die Regierung setzt dies gezielt gegen „Immigranten“ ein, zu denen in Frankreich auch viele Jugendliche nordafrikanischer und schwarzafrikanischer Herkunft gehören, die im Lande geboren und französische Staatsbürger sind. Die Arbeiter gegen den rassistischen Polizeiterror zu mobilisieren hätte einen gewaltigen Anstoß dazu gegeben, die Streiks auf den privaten Sektor



Rattay/Reuters

Kanzler Kohl mit dem französischen Präsidenten Chirac Anfang Dezember. In ganz Europa werden die Arbeiter mit Angriffen auf ihre Sozialleistungen konfrontiert, die von der Bundesbank durch das DM-Diktat in Maastricht verordnet wurden

auszuweiten – wo eingewanderte Arbeiter in der Industrie eine Schlüsselkomponente darstellen – und auch die Unterstützung durch die brodelnden Vorstadtghettos zu inspirieren. Die Reformisten haben auch keinen Piep gegen Frankreichs Beteiligung an der NATO-Besetzung des ehemaligen Jugoslawiens von sich gegeben, die am 14. Dezember im streikgeschüttelten Paris feierlich besiegelt wurde. Die Ligue trotskyste de France dagegen versuchte, die außergewöhnliche Gelegenheit zu Aktionen der Arbeiterklasse gegen diese imperialistische Expedition zu ergreifen: Auch so schon unterbrach der Eisenbahnerstreik die Auslieferung von Kriegsmaterial.

Als die Mobilisierungen ihren Höhepunkt erreichten, heulten bürgerliche Politiker, die Medien und die Führerin der von der Sozialistischen Partei dominierten CFDT-Gewerkschaft, Notat, im Chor gegen die „Politisierung“ der Streiks. Die Streikbewegung hatte den Punkt erreicht, wo sie auf den überwiegend nicht gewerkschaftlich organisierten privaten Sektor hätte ausgeweitet werden müssen und direkt die *Staatsmacht* hätte herausfordern müssen. Das ist der Grund, warum die reformistischen Führer der Arbeiterklasse eilends daran gingen, die Bewegung zum Ende zu bringen. Die Ligue trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, definierte die zentrale Aufgabe: eine von den Massen anerkannte revolutionäre Führung aufzubauen, die in der Arbeiterklasse verwurzelt ist – eine Partei wie die Bolschewiki von Lenin und Trotzki, die in der Lage ist, defensive Kämpfe in einen bewußten Angriff auf die bürgerliche Ordnung umzuwandeln. Wie die LTF in ihrem Flugblatt vom 14. Dezember erklärte:

„Schon seit einiger Zeit entwickelt sich die Situation in Richtung auf einen vollständigen Generalstreik, was die Frage aufwerfen würde: Wer wird in diesem Lande die Macht haben... Worum es in diesem historischen Streik geht, ist die Herrschaft der Arbeiter über die Gesellschaft. Worum es geht, ist der Kampf für eine Arbeiterregierung, für den Sturz des kapitalistischen Systems, das zum Untergang verurteilt ist und nicht

reformiert werden kann.“

Fabrikkomitees, Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit: Dies sind Beispiele für *Übergangsforderungen*, die eine Brücke schlagen sollen zwischen den defensiven Kämpfen der Streikenden und dem revolutionären Kampf um die Macht. Der Dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der zum erstenmal ein solches Übergangsprogramm als Gegensatz zum reformistischen Minimalprogramm der Sozialdemokratie formulierte, forderte die Kommunisten auf, „jeden Abwehrkampf, wenn er nur in die Tiefe und Breite wächst, zu einem *Angriff auf die kapitalisti-*

Diskussionsreihe der SpAD/Spartakist-Jugend

Von der Französischen Revolution zur Russischen Revolution

Einleitung in die Geschichte und Theorie des Marxismus

Berlin

- 7. Februar: Ursprünge des Marxismus
 - 21. Februar: Das marxistische Programm
 - 6. März: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
- 18.00 Uhr, Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111

Halle

- 6. Februar: Trotzismus:
Was er nicht ist – und was er ist
- 19.00 Uhr, Galeriecafe Steg, Stegpassage 2

Hamburg

- 24. Januar: Ursprünge des Marxismus
- 7. Februar: Das marxistische Programm
- 21. Februar: Marxistische Wirtschaftsanalyse
- 6. März: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

18.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Für weitere Informationen und Diskussionstexte:

Berlin (0 30) 4 43 94 00, Halle (03 45) 2 02 90 55,
Hamburg (0 40) 32 36 44

sche Gesellschaft auszuweiten“ („Thesen über die Taktik“, Juli 1921).

Entscheidend ist revolutionäre Führung

Bei ihrem opportunistischen Kniefall vor der Regierung wurden die reformistischen Bürokraten von der „extremen Linken“ nachgeäfft, die schändlicherweise vor Chiracs rassistischer Terror-kampagne kapitulierte und sich ihr sogar anschloß. Im letzten Herbst, als die Regierung die „terroristische Bedrohung“ brandmarkte, schrieb *Lutte Ouvrière* (20. Oktober):

„Wenn man der nordafrikanischen Bevölkerung wirklich dabei helfen wollte, sich von den Terroristen zu distanzieren und sich gegen sie zu verteidigen, wenn man der Bevölkerung der Armenviertel helfen wollte, wo sie vielleicht rekrutiert werden, dann wäre es notwendig, dieser Bevölkerung zu zeigen, daß sie nichts vom Vigipirate-Plan zu befürchten hat.“

Als Reaktion auf derart abscheulichen Chauvinismus haben manche antirassistische Jugendliche begonnen, sich als Anarchisten zu verstehen, eine Strömung, die in Frankreich weitgehend zum Erliegen gekommen war. An der Universität von Saint-Denis am Rande von Paris zum Beispiel, wo Anarchisten in der Führung waren, brachten Studenten während der Streikbewegung ein Flugblatt heraus, das die rassistische Mobilisierung der Regierung gegen „Immigranten“ angriff. Angewidert vom Verrat der Reformisten, lehnen die Anarchisten politische Parteien insgesamt ab und treten für spontane Aktionen ein. Aber die Streikwelle zeigte die Grenzen von spontaner Militanz der Arbeiterklasse, die zwar enorm war, aber nicht den Würgegriff der Bürokraten überwinden konnte, die das Hauptin-



Reuters

Eisenbahner in Lille an der Spitze der massiven Streikwelle

dernis waren für die Ausweitung der Streiks und die Umwandlung der defensiven Kämpfe in einen Kampf gegen das kapitalistische System.

Im Gegensatz zur opportunistischen „extremen Linken“ haben unsere Genossen von der Ligue trotskyste diese massive Klassenmobilisierung mit dem Kampf gegen rassistische Unterdrückung und faschistischen Terror in Frankreich und gegen die imperialistische Aufteilung des Balkans und den französischen Kolonialismus in Übersee verbunden. Vor allem stellten sie die Verbindung her zur Notwendigkeit einer *revolutionären Führung*.

Nachstehend drucken wir leicht gekürzt das Extrablatt der LTF zum Le Bolchévik (4. Dezember 1995) ab, das zur Verteilung an die Arbeiter und Jugendlichen nordafrikanischer Herkunft auch ins Arabische übersetzt wurde, und die deutschsprachige Version wurde hier bereits massiv verteilt.

Zerschlagt Vigipirate! Vereinigt Immigranten, Frauen, Jugend hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse!

Für eine neue Führung, eine revolutionäre Führung!

Frankreich steht vor einer Machtprobe. Auf der einen Seite steht die Regierung Chirac/Juppé und die Bourgeoisie, die von allen europäischen Kapitalisten unterstützt wird. Auf

Ligue trotskyste de France

Extrablatt, 4. Dezember 1995

der anderen Seite steht die Arbeiterklasse, stehen die Frauen, „Immigranten“, Jugendlichen, Studenten und Rentner – all die beabsichtigten Opfer der Austeritätsoffensive und des rassistischen Terrors seitens der herrschenden Klasse. Die sich entfaltende Protestbewegung treibt auf einen Ge-

neralstreik zu, auf eine *politische* Konfrontation mit der Bourgeoisie und ihrem Staat. Die Frage, die sich immer dringlicher stellt, lautet: Wer wird herrschen? Die Bourgeoisie ist in ihrer Entschlossenheit vereint, gegen die Arbeiter und Unterdrückten Krieg zu führen. Um zurückzuschlagen, um zu gewinnen, braucht die Arbeiterklasse einen Generalstab, eine revolutionäre Führung, die sich auf das Programm stützt, daß diejenigen, die arbeiten, herrschen müssen.

Nach den kapitalistischen Konterrevolutionen, die die Errungenschaften des vergesellschafteten Eigentums und der Planwirtschaft in der Sowjetunion und in Osteuropa

Fortgesetzt auf Seite 8

Für eine Arbeiterregierung, die das ganze verrottete kapitalistische System hinwegfegt!

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 7

zerstört haben, bejubelte die Bourgeoisie den angeblichen „Tod des Kommunismus“. Heute sind überall auf der Welt die Blicke der Arbeiter auf Frankreich gerichtet, wo die kämpferischen Arbeiter bewiesen haben, daß der Klassenkampf lebt. Aber damit die Arbeiter zum Sieg voranschreiten, ist es notwendig, daß der Marxismus lebt, durch eine internationalistische, leninistisch-trozkistische Avantgardepartei, die für die proletarische Machteroberung kämpft — eine Partei der revolutionären Aktion und nicht der parlamentarischen Ausverkäufe und der Gewerkschaftsbürokraten. Eine solche Partei wird von Lenins Verständnis erfüllt sein; daß sie als Volkstribun handeln muß, der jeden Akt von Unterdrückung irgendeiner Bevölkerungsschicht bekämpft. Sie sammelt hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse die Jugend, die Arbeiter aus dem Maghreb und aus Schwarzafrika sowie deren Kinder — Opfer des rassistischen Belagerungszustands, die als „Immigranten“ ausgestoßen werden, selbst wenn sie in Frankreich geboren und französische Staatsbürger sind — und die Frauen, deren Recht auf Abtreibung immer mehr in Gefahr ist.

Die entscheidende Frage heute ist die Frage der Führung. Die Führung der Gewerkschaft CFDT hat erklärt, daß sie mit dem Angriff der Regierung auf das soziale Netz übereinstimmt. Die Führungen der Gewerkschaften CGT und Force Ouvrière geben als ihr Endziel die Rücknahme des Juppé-Plans an. Aber Chirac und Juppé haben klagemacht, daß sie ihren Angriff durchziehen wollen, koste es was es wolle. Diese Auseinandersetzung wird nicht auf parlamentarischer Ebene durch irgendwelche Kungeleien im Hinterzimmer gelöst. Auch kann sie nicht einfach innerhalb des engen Rahmens der Gewerkschaften gewonnen werden. Mißtraut denjenigen, die wie die KPF und die PS vorgeben, den Arbeitern eine Führung zu geben, nur um ihre Kämpfe abzuwürgen und auf Wahlen umzulenken. Wenn die Arbeiterklasse nicht entschlossen und kühn handelt, könnte die Folge davon durchaus sein, daß nicht nur die Rechten im Parlament gestärkt werden, sondern auch Le Pens faschistische Schläger, die „Immigranten“ terrorisieren und sich der Bourgeoisie als letzte Rettung vor einer revolutionären Herausforderung durch das Proletariat anbieten.

Wie ein Streikender sagte, brauchen wir eine „Streikregierung“. Aber wie dahin kommen? Es ist notwendig, die Arbeiter in einem organisierten und koordinierten Kampf gegen die Regierung zu vereinen und andere Schichten der Bevölkerung einzubeziehen, die den Streik unterstützen und genauso gegen die allseitigen Angriffe kämpfen. Der erste Schritt ist die Bildung von Komitees in den Betrieben, die auf Vollversammlungen der Streikenden am Arbeitsplatz gewählt werden, um den Kampf zu führen und zu koordinieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Streiks auf andere Bereiche auszuweiten, besonders auf die Bastionen der Industriearbeiter, wo immigrierte Arbeiter eine strategische Rolle spielen. Zu oft schon hat das Fehlen einer Führung, die die Arbeiterkämpfe verallgemeinert und miteinander verbindet, es der Bourgeoisie ermöglicht, die kämpferischen Teile zu isolieren und den Kampfgeist der Arbeiter zu unterdrücken. Gegen die Pläne der Regierung, Streikbrecher-Busse einzusetzen, um den Streik im Transportwesen zu brechen, ist es notwendig, Massestreikposten zu mobilisieren, die die Straßen blockieren, und fliegende Streikposten aufzubauen, um den Streik auszuweiten — besonders im Bereich der Privatwirtschaft — und die Streikfront geschlossen zu halten.

Gegen die Drohungen, die Armee einzusetzen, und gegen die Mobilmachung der Faschisten, die als Speerspitze der sozialen Reaktion agieren und darauf warten, als Hilfs-

truppen der Bourgeoisie zum Streikbruch benutzt zu werden, ist es notwendig, daß die Fabrikkomitees *Arbeiterverteidigungsgruppen* organisieren. Disziplinierte Arbeitertrupps sind nötig, um sowohl die Streikmobilisierungen und Demonstrationen als auch die Immigrantenviertel zu verteidigen, die die erste Zielscheibe der faschistischen Banden und des rassistischen Vigipirate-Polizeiterrors sind. Die Arbeiterbewegung muß die einfachen Soldaten dazu aufrufen, Streikbrecherarbeit zu verweigern.

Fabrikkomitees, die stadt- und landesweit zentralisiert sind, müssen die Verteilung der Waren und Dienstleistungen kontrollieren und organisieren, indem sie Vertreter der Studenten, der „Immigranten“, der Arbeitslosen, der Arbeiterinnen und Hausfrauen sowie anderer Schichten der Bevölkerung einbeziehen. Solche Fabrikkomitees können den Kern einer *Arbeitermacht* bilden — Arbeiterräte oder Sowjets —, die der Macht der Bourgeoisie entgentreten wird. Der Ausgang dieser Konfrontation wird davon abhängen, wer die Arbeiterklasse führt.

Der gegenwärtige Angriff der Regierung auf die Arbeiterklasse wurde durch eine unaufhörliche rassistische Kampagne vorbereitet, die eingewanderte Arbeiter und ihre Kinder ins Visier nimmt und mit Abschiebung und Polizeiterror bedroht. Ziel dieser Kampagne ist es, sie zum Sündenbock für die Krise des Kapitalismus zu machen und die Arbeiterklasse auf rassistischer Grundlage zu spalten. Es ist eine Frage elementarer Selbstverteidigung des gesamten Proletariats, daß die Arbeiterbewegung bei Einstellungen und Entlassungen, Löhnen, Ausbildungsplätzen und bei der Wohnungsvergabe kompromißlos gegen alle Formen von Diskriminierung kämpft und fordert, daß alle Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst auch „nichtfranzösischen“ Arbeitern offenstehen müssen. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien! Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und allen Arbeit zu geben, verlangen wir eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!

Die laufenden Schüler- und Studentenproteste gegen die Kürzungen müssen sich dem im Kampf stehenden Proletariat anschließen. Wie die Jeunesse Spartaciste, Jugendgruppe der Ligue trotskyste de France (LTF), in einem im letzten Monat an Studenten verteilten Flugblatt betonte:

„Was jetzt notwendig ist, ist ein revolutionäres Programm, das die Kämpfe der Jugend um das Recht auf Arbeit, Wohnung und einen anständigen Lohn — also auf ein anständiges Leben — mit dem Kampf des Proletariats verbindet, um diesem kapitalistischen System der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen. Wir, die Jeunesse Spartaciste, kämpfen für kostenlose Ausbildung auf hohem Niveau für alle, ohne jegliche rassistische oder klassenmäßige Diskriminierung. Wir wollen, daß das Proletariat Zugang zu den Schätzen der Kultur hat, daß die Arbeiterjugend uneingeschränkter Zugang zu den Universitäten hat. Für Universitäten, die allen offenstehen, und für angemessene Stipendien!“

Der Angriff des französischen kapitalistischen Regimes auf die Sozialversicherung ist kein Einzelfall. Das gleiche ist schon in Britannien passiert, es wird gerade in Italien versucht, und in Deutschland wird es geplant. Der IWF und die kapitalistischen Herrscher Europas haben der französischen Bourgeoisie klagemacht, daß sie dies durchsetzen muß, und die französische Bourgeoisie ist mehr als bereit, sich mit ihren verbündeten herrschenden Klassen jenseits der Grenzen zu vereinen, um das französische Proletariat niederzuwerfen, wie sie es von der Pariser Kommune bis zur Vichy-Regierung immer wieder getan hat. Es ist notwendig, dem Europa der NATO ein Europa des Arbeiterkampfes entgegenzustellen. Notwendig ist eine internationalistische Perspektive, die die kämpfenden Arbeiter in Italien

einbezieht, die den Schulterschuß mit den protestierenden Studenten in Belgien anstrebt und die an die Arbeiter Deutschlands appelliert, im gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Angriffe vorzugehen. Von entscheidender Bedeutung ist es, sich über das Mittelmeer hinweg an die nordafrikanischen Massen zu wenden, die besonders von imperialistischer Ausbeutung geplagt werden und deren Klassenbrüder einen Schlüsselbestandteil des Proletariats in Frankreich darstellen.

Die KPF steht jedoch im Gegensatz zu einer solchen Perspektive: Ihre nationalistisch-chauvinistischen Appelle („produziert französisch“) geben nicht den französischen Bossen die Schuld an der wachsenden Arbeitslosigkeit im Lande, sondern den ausländischen Arbeitern. Die KPF würde gerne der Bourgeoisie als Büttel dienen, um die kämpferische Arbeiterbewegung aus dem Gleis zu werfen und abzuwürgen, genau wie sie es 1968 getan hat, als sie zeigte, daß sie weiß, „wie man einen Streik beendet“, als sie die Fabrikbesetzungen der Arbeiter und die Massenproteste der Studenten erstickte, die das Land an den Rand einer Revolution gebracht hatten. Mit ihren schändlichen Appellen an den gegen „Immigranten“ gerichteten Rassismus – exemplarisch ausgedrückt durch das Niederwalzen eines Wohnheims von Arbeitern aus Mali 1981 in Vitry und durch ihre 14 Jahre dauernde Unterstützung der „sozialistischen“ Mitterrand-Regierung, deren Markenzeichen rassistischer Staatsterror gegen „Immigranten“ war – half die KPF, den Boden für das Anwachsen von Le Pens Nationaler Front zu bereiten, welche sich heute darauf vorbereitet, ihre faschistischen Schlägerbanden auf die Arbeiterbewegung zu hetzen. Kein Wunder, daß heute unter kämpferischen Arbeitern syndikalistische Vorurteile und Mißtrauen gegenüber politischen Parteien so weit verbreitet sind. Dies ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Verrats der KPF durch Klassenzusammenarbeit, die die Bedeutung des Wortes Kommunismus pervertiert hat.

Pseudotrotzkistische Gruppen wie die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) und Lutte ouvrière, denen es an revolutionärem Programm und Perspektive fehlt, versuchen, kämpferischer als die weithin diskreditierten reformistischen Bürokratien auszusehen. Sie geben die Lösung von „unbegrenzten“ Generalstreiks aus, die auf rein ökonomistische Forderungen beschränkt werden. Sie verlieren kein Wort darüber, daß es für die integrierte Arbeiterbewegung notwendig ist, den Kampf gegen rassistische Unterdrückung und Frauenunterdrückung zu führen, den Vigipirate-Polizeiterror zu zerschlagen und gegen die faschistische Bedrohung zu mobilisieren. Ihre „revolutionäre Alternative“ steht rechts im Vergleich zu einer ganzen Schicht der augenblicklichen Studentenbewegung, wie das Beispiel der Studenten von St. Denis beweist, die ein Flugblatt herausgebracht haben, in dem gefordert wird, sich den rassistischen Angriffen der Regierung entgegenzustellen. Bei den Massendemonstrationen im Herbst gegen die Atombombentests im Pazifik äußerten weder die KPF noch die PS oder ihre „linksradikalen“ Anhängsel auch nur ein Wort gegen die Operation Vigipirate. So landen sie alle dabei, sich die Kampagnen und Interessen ihrer „eigenen“ Bourgeoisie zu eigen zu machen, und rühren keinen Finger, um die kapitalistische Herrschaft herauszufordern, genauso wie sie die arbeiterfeindliche Mitterrand-Volksfront unterstützt haben.

Die gleichen französischen Truppen, die die „Immigranten“-Viertel von Paris

und Marseille belagert haben, werden jetzt in „humanitärer Mission“ nach Bosnien geschickt. Aber während die Bourgeoisie dabei ist, ihre Armee loszuschicken, um den Völkern des ehemaligen Jugoslawiens das NATO-Diktat aufzuzwingen, droht sie zuerst einmal, ihre Soldaten dazu zu benutzen, den Werktätigen in Frankreich das Wirtschaftsdiktat von NATO-Europa aufzudrücken. Die Arbeiterklasse muß gegen dieses imperialistische Balkan-Expeditionskorps Widerstand leisten. Das Gerangel der Großmächte auf dem Balkan unterstreicht die Eskalation der imperialistischen Rivalitäten nach der Zerstörung der Sowjetunion und deutet letztlich auf einen weiteren Weltkrieg hin.

Wir Trotzlisten von der LTF haben zur Verteidigung der bosnischen Serben gegen die NATO-Angriffe aufgerufen. Nein zur Wehrpflicht – Keinen Mann, keinen Pfennig für die Armee der Bourgeoisie! Und im Gegensatz zur Kapitulation der Reformisten und Zentristen vor Chiracs rassistischem Feldzug rief die LTF zu einer Einheitsfront-Demonstration gegen die Welle von rassistischem und imperialistischem Staatsterror in Frankreich und Tahiti auf, mit den Forderungen: Nieder mit den Pogromen gegen Immigranten und Chiracs rassistischem Belagerungszustand! Bullen und französische Truppen raus aus den Immigranten-Vierteln und aus Tahiti! Unsere Pariser Protestkundgebung fand vor dem Grand-Rex-Kino statt, einem der Orte, wo am 17. Oktober 1961 Hunderte von Algeriern massakriert wurden, als sie für die Unabhängigkeit Algeriens demonstrierten.

Auf diese Art und Weise versuchen wir, wie bei unserem Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, der als schwarzer politischer Gefangener in einer Todeszelle in den USA sitzt, als Kern der revolutionären Arbeiterpartei zu handeln, die der Volkstribun aller Unterdrückten sein wird. Wenn es heute gelingt, den Juppé-Plan zu Fall zu bringen, wäre dies ein enormer Sieg für die Arbeiterbewegung. Aber eine angeschlagene Bourgeoisie ist wie ein gefährliches Raubtier.

Die Bourgeoisie reitet Attacken gegen die Arbeiterklasse. Die Reformisten und Klassenkollaborateure der KPF und PS sowie ihre zentristischen Anhängsel bieten nur die Illusion von Reformen. Sie alle sind unfähig, die Arbeiterklasse zu führen, weder in den gegenwärtigen Kämpfen noch in dem Kampf, der der Lohnklaverei ein für alle Mal ein Ende setzen wird. Nur eine Partei wie die Bolschewiki, die sich auf eine proletarisch-revolutionäre Perspektive stützt, kann der Arbeiterklasse den Weg in die Zukunft weisen. Diese Partei im Kampf zu schmieden ist die wichtigste Aufgabe des Tages. ■

Rechts: Streikflugblatt der LTF auf arabisch und französisch. Nordafrikanische Immigranten in der Industrie sind Schlüssel für Arbeitermacht.

Abonniert!
Le Bolchévik
Zeitung der Ligue trotskyste de France
10 Ausgaben
DM 10,- (Europa)
DM 20,- (Luftpost)
(enthält Spartacist, französische Ausgabe)

Zu beziehen über die Verlagsadresse



BSA: Eine Fallstudie in Chauvinismus

David North „beseitigt“ Recht auf Selbstbestimmung

Dies ist der zweite Teil einer Polemik gegen eine Broschüre von David Norths Internationalem Komitee der Vierten Internationale (IKVI, in Deutschland vertreten durch den Bund Sozialistischer Arbeiter) und ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 627 (25. August 1995). Der erste Teil dieser Polemik erschien unter dem Titel „Erleuchtung auf dem Weg nach Tuzla“ in Spartakist Nr. 120 (Oktober/November 1995).

Teil zwei von zwei

Von Sri Lanka ...

In seiner Rede „Permanente Revolution und die nationale Frage heute“ sagt North, zur Opposition des IKVI gegen Selbstbestimmung habe er sich inspirieren lassen durch Keerthi Balasuriya, einen früheren Führer ihrer größten Sektion, der Revolutionary Communist League (RCL) in Sri Lanka.

Nachdem Sri Lanka 1948 seine Unabhängigkeit von der rassistischen Kolonialherrschaft der Briten erlangte und dann 1956 ein Gesetz verabschiedete, das allein Singhalesisch als Amtssprache anerkannte, hat der nationale Chauvinismus der singhalesischen herrschenden Klasse zu einer immer stärkeren und immer blutigeren kommunalistischen Polarisierung zwischen dem singhalesischen und dem tamilischen Volk auf der Insel geführt. Ein Wendepunkt wurde erreicht, als die Regierung 1983 Pogrome gegen die Tamilen entfachte. Hunderte und Aberhunderte Tamilen wurden in grauenvollen Massakern ermordet, tamilische Häuser und Geschäfte in Colombo wurden niedergebrannt (oft mitsamt den Bewohnern), das wirtschaftlich und geographisch eng verzahnte Zusammenleben der zwei Völker wurde durch eine Blutlinie getrennt und die Tamilen zunehmend im Norden und Osten der Insel zusammengedrängt.

Der singhalesische Kommunalismus, ausgebrütet und angefacht von der herrschenden Klasse Lankas, wurde immer dazu benutzt, deren eigene Klassenherrschaft sowohl über die tamilischen als auch über die singhalesischen Werktätigen und Unterdrückten zu behaupten, um die *Einheit der Arbeiterklasse* zu verhindern und dadurch jedem Aufbruch in der Bevölkerung die Spitze zu nehmen. Von den Anfängen unserer Tendenz in den 60er Jahren an sind wir für die Rechte des unterdrückten tamilischen Volkes eingetreten. Gleichzeitig sind wir gegen den tamilischen Nationalismus, der zum Beispiel die Kämpfe der strategisch wichtigen tamilischen Plantagenarbeiter im zentralen Hochland der Insel mit einem Schulterzucken abtut. Tatsächlich haben die tamilischen nationalistischen Politiker diese staatenlosen „indischen Tamilen“, die seit über einem Jahrhun-



Tamilische Guerillakämpfer, die im Juli 1995 im Norden nahe Jaffna von der Armee Lankas massakriert wurden. David Norths Workers League weigert sich, den Abzug der Armee aus den tamilischen Gebieten zu fordern

dert auf der Insel lebten und arbeiteten, einfach *abgeschrieben*. Wir kämpften gegen den Verrat, den die einst trotzkistische Lanka Sama Samaja Party (LSSP) mit ihrer Volksfrontpolitik beging, und wir betonten, daß die Wurzeln ihrer Klassenkollaboration in der Anpassung an antitamilischen singhalesischen Chauvinismus lagen.

Unsere Forderung war immer: „Für das Selbstbestimmungsrecht des tamilischen Volkes!“ gewesen. Vom Zeitpunkt der antitamilischen Pogrome 1983 an erhoben wir die Forderung für *das Recht auf Tamil Eelam*. Wie wir in „Massaker in Sri Lanka“ (*Workers Vanguard* Nr. 336, 12. August 1983) schrieben:

„Die Auswirkung des Blutvergießens und der massenhaften Umsiedlung der Bevölkerung kann man nur als Katastrophe beschreiben... Als minimale demokratische Forderung stellt sich nun ein Plebiszit der tamilischen Werktätigen, um über die Schaffung eines unabhängigen Staates im Norden zu entscheiden... Dringend notwendig ist der Aufbau einer internationalistischen trotzkistischen Partei in Sri Lanka, die notwendigerweise eine wesentliche Basis unter den ausgebeuteten tamilischen Massen hat. Der Kampf gegen die grauenhafte nationale Unterdrückung der Tamilen und gegen den Kommunalismus ist von zentraler Bedeutung, um eine solche Partei zu schmieden.“

In den frühen 70er Jahren war Healys IKVI strikt gegen die nationalen Rechte des unterdrückten tamilischen Volkes, sie argumentierten, ein getrennter tamilischer Staat

diene nur dem Imperialismus. Aber Ende der 70er Jahre bejubelten sie dann kritiklos die kleinbürgerlich-nationalistischen „Tamil Tigers“ (LTTE). In den späten 80er Jahren brachte es die RCL dann doch fertig, so etwas wie eine anständige und korrekte Linie zu vertreten – sie verteidigten das Selbstbestimmungsrecht der tamilischen Minderheit, waren gegen die Intervention Indiens, forderten den Rückzug der singhalesischen Regierungstruppen aus den nördlichen und östlichen Provinzen und hatten die Losung „Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Tamil Eelam und Sri Lanka“.

Heute weist der RCL-Führer Wije Dias den Kampf der Tamilen für Selbstbestimmung zurück. Trotz all der Anklagen, die North gegen Healy losgelassen hat, haben North und seine Unterstützer einen vollen Kreis beschrieben und sind wieder genau bei der ursprünglichen chauvinistischen Position (artikuliert von Michael Banda) von Healys IKVI gelandet. In Dias' Worten:

„Wenn die LTTE einen getrennten Staat Eelam errichten würden, würden sie, wie jedes andere Kompradorengime, die tamilischen Massen als billige Arbeitskräfte den transnationalen Konzernen anbieten. Dies ist unvermeidlich, da unter dem gegenwärtigen kapitalistischen globalen Produktionssystem keine Möglichkeit existiert, irgendein Programm zur nationalen Entwicklung auszuführen... Diese nationalistischen Bestrebungen führen nicht zu nationaler Befreiung, sondern zur nationalen Unterwerfung unter den Imperialismus.“ (*International Worker* [Britannien], 22. Januar 1994)

Das ist wahre Orwellsche Logik – um die nationale Unterwerfung unter den Imperialismus zu „verhindern“, muß man die nationale Unterwerfung unter die vorherrschende Staatsmacht und unter ... den Imperialismus aufrechterhalten. In Artikeln des *International Workers Bulletin* des IKVI fehlt sogar die Forderung nach dem Rückzug der Armee Lankas aus den tamilischen Gebieten – das widerspricht doch sehr dem ganzen bombastischen Gerede über die angebliche Opposition der RCL zu dem, was sie beschönigend den „rassistischen“ Krieg der Regierung nennt. Die North-Unterstützer ahmen sogar den Chauvinismus der singhalesischen Herrscher nach, indem sie für die tamilischen Gebiete den Begriff traditionelle Heimat in Anführungszeichen setzen.

Das Recht des tamilischen Volkes auf Selbstbestimmung wird im Namen des „proletarischen Internationalismus“ chauvinistisch verleugnet. Aber die Opposition der North-Anhänger gegen die nationalen Rechte der Tamilen be-

schränkt sich nicht einfach auf das „hier und jetzt“. Die frühere RCL-Forderung nach den „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Tamil Eelam und Sri Lanka“ wurde geändert in die Forderung nach einer einzigen „Sozialistischen Republik von Sri Lanka und Eelam“. J.W. Stalin hatte Ähnliches im Sinn, als er 1922, als Kommissar für Nationalitätenfragen, eigenmächtig versuchte, die nationale Unabhängigkeit der georgischen, armenischen und aserbajdschanischen Sowjetrepubliken als untergeordnet zu behandeln, indem er ihre im Entstehen begriffene transkaukasische Föderation zu einer einzigen föderierten Republik machte. Als Lenin dann Stalins nächsten Plänen widersprach, die transkaukasischen Republiken in die *Russische Republik* einzubeziehen, beharrte Stalin hartnäckig auf seiner Position und nahm die transkaukasische Föderation wieder als eine einzige Republik in die neue Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf. Der letzte Kampf in Lenins Leben war gegen den großrussischen Chauvinismus, das ursprüngliche Merkmal der aufsteigenden stalinistischen Bürokratie.

Die North-Leute liegen auf gleicher Linie mit ihrer neuen Einschätzung der tamilischen nationalen Frage in Sri Lanka, wenn sie in „Der Weg nach Tuzla“ scheinbar sehr besorgt schreiben: „Indien wird von Zerstückelung bedroht.“ Sie führen die Tatsache an: „Die marxistische Bewegung war gegen die Teilung Indiens und Pakistans im Jahre 1947 entlang ethnischer und religiöser Linien“ – eine Teilung, die der britische Imperialismus als Höhepunkt von über 300 Jahren kolonialem „Teile und Herrsche“ fabrizierte – und wenden sich mit dieser Begründung gegen legitime nationale Kämpfe wie in Kaschmir und die der Sikhs im Punjab. Das ist nichts anderes als eine Entschuldigung für den Fortbestand des bürgerlichen „säkularen“ Indien, die reinste Hölle für unterdrückte Kasten, Frauen und unzählige verschiedene Völker und Nationalitäten.

... bis Quebec

In Kanada, im Vorfeld des Wahlsieges der bürgerlich-nationalistischen Parti Québécois (PQ) bei den Wahlen in Quebec im letzten Herbst, krakeelten die North-Leute wie ein Haufen von Hinterwäldlern aus der kanadischen Provinz Alberta: „Ein Sieg der PQ würde abrupt die fortgesetzte Existenz des 127jährigen kanadischen Nationalstaates in Frage stellen und das Gespenst eines Bürgerkriegs in Nordamerika, ähnlich wie in Jugoslawien, heraufbeschwören“ (*International Workers Bulletin*, 29. August 1994)! Die Vorstellung, daß Quebec dabei ist, das nächste Bosnien zu

Fortgesetzt auf Seite 20



Labor Challenge



Steve Liss

Während der Arbeiter- und Jugendunruhen 1969 besetzten kanadische Soldaten das Rathaus von Montreal (links). 1990: Massendemonstration für die Unabhängigkeit von Quebec (rechts)

4
**SPARTAKIST-
 Jugend**

Der Kampf für eine leninistische Avantgardepartei

Die Spartakist-Jugend freut sich, nachfolgend ein Referat des Genossen Al Nelson vom Zentralkomitee der Spartacist League/Ü.S. abdrucken zu können, das er im November 1995 vor den Spartacist Youth Clubs von der San Francisco Bay Area und von Eugene, Oregon, hielt.

Der erste Satz des Gründungsdokuments der Vierten Internationale, geschrieben von Leo Trotzki, der gemeinsam mit Lenin der Führer der Russischen Revolution war, lautet: „Die allgemeine politische Weltlage zeichnet sich vor allem durch eine historische Krise der Führung des Proletariats aus.“ Trotzki schrieb dies am Vorabend des Gemetzels des Zweiten Weltkriegs, des zweiten interimperialistischen Krieges, der damit endete, daß der US-Imperialismus zwei Atombomben abwarf, die zwei japanische Städte vollständig zerstörten: „Die objektiven Bedingungen für die proletarische Revolution sind nicht nur ‚gereift‘, sie fangen schon an zu verfaulen. Ohne eine sozialistische Revolution in der nächsten Geschichtsperiode droht die gesamte Menschheitskultur von einer Katastrophe verschlungen zu werden.“

Der Aufbau einer revolutionären Führung, die fähig ist, die Arbeiterklasse international zu führen – genau das meinen wir mit der „Parteifrage“. Ohne eine revolutionäre Partei kann keine sozialistische Revolution erfolgreich sein, egal wie günstig die Umstände sind. Bis die Arbeiterklasse das Problem löst, die revolutionäre Partei als den bewußten Ausdruck des historischen Prozesses zu schaffen, steht die Sache unentschieden. Für Marxisten ist es daher die wichtigste Frage überhaupt – die Frage der Partei.

Überall, wo man heute hinsieht, kann man die Auswirkungen davon sehen, daß es keine revolutionäre Führung gibt. Da gibt es Louis Farrakhans „Marsch einer Million Männer“, der sowohl eine pervertierte Reaktion auf die zunehmende Unterdrückung der Schwarzen ist als auch mit seiner reaktionären patriarchalischen Ideologie sehr viel Ähnlichkeit mit den sehr zahlreichen und hauptsächlich weiblichen christlichen „Promise Keepers“ [die ihr „Versprechen halten“] hat, die zur Zeit überall im Land Massenversammlungen abhalten. Oder schaut euch den sehr wichtigen Zeitungstreik in Detroit an. Die Arbeiter haben es nicht an Kampfbereitschaft oder Mut fehlen lassen, sind aber systematisch betrogen und demobilisiert worden durch eine verräterische Gewerkschaftsbürokratie, die grundsätzlich für die Interessen des US-Kapitalismus ist und weiß, daß Streiks nicht im Interesse des Kapitalismus sind.

Oder schaut nach Südafrika. Wenn man *Workers Vanguard* liest, ist es klar, daß wir das Ziel haben, in Südafrika eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga aufzubauen, eine trotzkistische Partei. Berichte der verschiedenen Genossen, die in den letzten paar Jahren dorthin reisten, haben immer das gleiche Thema: den extremen Widerspruch zwischen revolutionär gesinnten Arbeitern, die grundlegende soziale Veränderungen ersehnen, die nur durch eine soziale Revolution erreicht werden können, und den Führern ihrer Parteien und Gewerkschaften, die sagen: „Nein, nein, eine Revolution ist weder nötig noch möglich; wir können unsere Ziele allmählich erreichen, indem wir



M. S. Nappelbaum

W.I. Lenin auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale im März 1919

den African National Congress unterstützen.“ Dabei ist das wirkliche Ziel des ANC, Südafrika politisch zu stabilisieren, damit ausländisches Kapital die schwarzen südafrikanischen Arbeiter noch intensiver ausbeuten kann, als dies bisher schon der Fall war.

Der Stalinismus hat es schließlich geschafft, die Sowjetunion zu zerstören und die Konterrevolution im Land der ersten Arbeiterrevolution einzuläuten, eine historische Niederlage für das Weltproletariat. Die imperialistischen Großmächte, die nun keinen gemeinsamen Feind mehr haben, driften wie große tektonische Platten auseinander in ihrem Bestreben, die Welt in konkurrierende Handelsblöcke aufzuteilen. Wir hatten zwei interimperialistische Weltkriege, die beweisen, daß Handelskriege unvermeidlich zu offenen Kriegen um die Neuaufteilung der Weltmärkte führen.

Warum die Arbeiterklasse der Schlüssel ist

Nur das Industrieproletariat unter der Führung von Avantgardeparteien nach Art der Bolschewiki kann einen weiteren Weltkrieg verhindern, indem es ein für allemal die Herrschaft des Kapitals zerstört. Was also heißt es eigentlich, wenn wir sagen, daß die revolutionäre Partei der „bewußte Ausdruck des historischen Prozesses“ ist? Das *Manifest der Kommunistischen Partei* wurde 1848 von zwei jungen Revolutionären namens Karl Marx und Friedrich Engels geschrieben. Sie waren damals 29 bzw. 27 Jahre alt – nur um das ein wenig in Perspektive zu rücken. Mit dem Zusatz für das *Manifest*, den Trotzki 1937 schrieb, um es auf den neuesten Stand zu bringen, lesen sich viele der wichtigsten Abschnitte des *Manifests* so, als ob sie erst gestern geschrieben wurden.

Seine grundlegenden Aussagen können kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden: In jeder historischen Epoche stellen die vorherrschende ökonomische Produktions- und Austauschweise sowie die soziale Organisation, die sich daraus ergibt, die Basis dar, auf der die politische und

intellektuelle Geschichte jener Epoche aufbaut. Mit anderen Worten, das Bewußtsein formt sich in einem Umfeld sozialer Institutionen, die von der herrschenden Klasse jener Periode geschaffen und kontrolliert werden.

Die gesamte Geschichte der Menschheit, von der Periode der Sklaverei über den Feudalismus und das Aufkommen des Kapitalismus, ist eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen – Kämpfe zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen. Die aufkommende bürgerliche Klasse konnte als eine neue besitzende Klasse, die ursprünglich im Mittelalter entstand, ihre eigene Wirtschaft entwickeln, ihre eigene Kultur und Religion, eigene Schulen und so weiter, d.h. ihre eigenen sozialen Institutionen, die ihr eigenes soziales Bewußtsein ausdrückten, und zwar *innerhalb* der Feudalgesellschaft selbst. Die bürgerliche Klasse konnte sich innerhalb der Feudalordnung organisch entwickeln. Erst als die Institutionen des alten Regimes – die Monarchie, der Adel, die Kirche – die natürliche Expansion der Institutionen des Kapitals behinderten, wurde die bürgerliche Klasse dazu getrieben, das politische Feudalsystem und seine Sozialordnung zu stürzen. Die berühmte „Erklärung der Menschenrechte“, eines der Hauptdokumente, das aus der großen Französischen Revolution von 1789 hervorging, bedeutete damals das Recht der Kapitalistenklasse, alles Eigentum, auch Land, zu kaufen und zu verkaufen, im Gegensatz zu den Erbrechten der alten Feudalordnung. Sie war die Bestätigung einer neuen besitzenden Klasse, für die Konkurrenz die treibende Kraft war.

Aber das Proletariat ist keine besitzende Klasse, und daher kann es nicht die Institutionen einer neuen Gesellschaft innerhalb des Rahmens des Kapitalismus aufbauen. Alles, was es besitzt, ist seine Arbeitskraft, die es stückweise an die Eigentümer der Industrie verkaufen muß, um nicht zu verhungern. Während alle anderen produktiven Klassen in den Untergang getrieben werden, ist das Proletariat das besondere und wesentliche Produkt des Kapitalismus. So ist die Gesellschaft in zwei große und feindliche Lager gespalten: die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie. Dies sind die Hauptkräfte in der modernen Gesellschaft.

Der Kapitalismus hat Arbeiter in großen Fabriken konzentriert und große städtische Konzentrationen geschaffen. Damit hat er das Werkzeug zu seiner eigenen Zerstörung als Ausbeuterklasse geschaffen. Die Arbeiterklasse kann sich daher nicht vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung befreien, ohne gleichzeitig die Gesellschaft insgesamt von jeder Ausbeutung, allen Klassenunterschieden zu befreien. Genau dies hat Marx als die materialistische Geschichtsauffassung bezeichnet.

Sozialistisches Bewußtsein kontra gewerkschaftliches Bewußtsein

Diese Tat der universellen Befreiung zu vollbringen ist die historische Mission des modernen Proletariats. Aber die Geschichte aller Länder hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse ausschließlich durch ihre eigene Anstrengung und tagtägliche Erfahrungen nicht fähig ist, spontan ein höheres Bewußtsein zu entwickeln als gewerkschaftliches Bewußtsein, die Notwendigkeit, sich in Gewerkschaften zu vereinigen für den ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung. Aber gewerkschaftliches Bewußtsein ist bürgerliches Bewußtsein. Gewerkschaftspolitik an und für sich fordert

nicht die kapitalistische Produktionsweise heraus, sondern strebt nur danach, in Kämpfen mit einzelnen Unternehmern die unmittelbaren Lebensbedingungen und Löhne der Arbeiter zu verbessern.

Revolutionäres Klassenbewußtsein, ausgedrückt in den Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus, muß von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden durch das Instrument einer revolutionären Partei, die ein höheres Bewußtsein über diese historisch notwendigen Aufgaben verkörpert, als die Arbeiterklasse selbst es besitzt. Das ist der einzige Weg, wie die Kämpfe der Arbeiter zum *Klassenkampf* werden, wenn die fortgeschrittensten Arbeiter sich ihrer selbst als einer einzelnen Klasse bewußt werden, deren Aktionen sich gegen die *gesamte* Kapitalistenklasse und deren Regierung richten.

Die Begründer des Marxismus, Karl Marx und Friedrich Engels, und ihre Nachfolger wie Plechanow, Lenin und Trotzki, tatsächlich der Großteil der Führung der Bolschewiki, kamen alle aus den gebildeten Klassen. An sich waren sie diejenigen, die den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung hineintrugen, denn sie waren gebildet und konnten Geschichte und Ökonomie studieren und das Verständnis vom historischen Materialismus ausarbeiten. Diese Revolutionäre waren die Werkzeuge, um die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus von außen in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Solange die Arbeiterklasse nicht von einer Partei mobilisiert wird, die auf revolutionärer Theorie basiert, bleibt ihr Bewußtsein bestimmt durch bürgerliche Ideologie und Kultur, was sie dazu bringt, die kapitalistische Gesellschaft als festgefügt zu sehen und als nicht offen für grundlegende Veränderungen durch eine Arbeiterrevolution. Dieses „falsche Bewußtsein“, wie Marx es nannte, ist es, was wir jeden Tag überall auf der Welt sehen und konfrontieren. Außerdem ist die Arbeiterklasse nicht irgendein einheitlicher Durchschnitt, sondern ist selbst sehr vielschichtig und reicht von sehr fortgeschrittenen kenntnisreichen Arbeitern bis zu den rückständigsten Schichten, die von Rassismus, ethni-

Fortgesetzt auf Seite 14



BBC Hulton

Soldaten solidarisieren sich am Vorabend der Oktoberrevolution mit den Bolschewiki. Die Spaltung der Armee war entscheidend für die Revolution

Avantgardepartei...

Fortsetzung von Seite 13

schem Haß und allgemeinen sozialen Schweinereien gebendet sind. Damit die Arbeiterklasse von einer Existenz als Klasse an sich — das heißt einfach objektiv definiert durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln — zu einer Klasse für sich werden kann — die sich ihrer historischen Aufgabe, die kapitalistische Ordnung zu stürzen, voll bewußt ist —, ist eine revolutionäre Führung notwendig.

Dies sind die klassischen marxistischen Aussagen, für die Lenin in *Was tun?* (1902) gegen eine Strömung argumentiert, die damals Ökonomismus genannt wurde. Die Ökonomen spielten die Rolle des bewußten Faktors herunter. Statt dessen stellten sie sich vor, Klassenbewußtsein würde „organisch“ und „spontan“ aus den tagtäglichen ökonomischen Kämpfen der Arbeiter entstehen. Parallel zu dieser Vernarrtheit in Spontaneität gab es eine Bewegung, die revolutionären Grundsätze des Marxismus als dogmatisch und veraltet zu kritisieren. Im wesentlichen, so sagte Lenin, variieren diese Sozialisten die bürgerliche Kritik am Marxismus, um den Kampf für soziale Revolution in einen Kampf für soziale Reformen umzuwandeln. In der Praxis hieß dies, den bürgerlichen Liberalen hinterherzukriechen und zu versuchen, auf sie Druck auszuüben, sowie gleichzeitig den Kampf der Arbeiter auf Gewerkschaftskämpfe zu beschränken.

Lenin machte ein besonders machtvoll Argument gegen die Ökonomen, das heute völlig zutreffend ist, besonders in den Vereinigten Staaten. Wenn sich Sozialisten an das bestehende gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiter anpassen, dann hält dies die Arbeiter auf einem niedrigeren Stand des Bewußtseins, der für revolutionäre Aktivitäten und Ergebnisse nicht ausreicht. Ob beabsichtigt oder nicht, diese Anpassung stärkt die Autorität der exi-

Revolutionary Workers League (RWL) hinsichtlich ihrer Rolle im kürzlichen Zeitungsstreik in Detroit. Diese Gruppe bildete ein Ad-hoc-Komitee außerhalb der Gewerkschaft, das sich einzig und allein auf einen Aufruf zu militanteren Streiktaktiken stützte: Massenstreikposten, Ablehnung gerichtlicher Verfügungen usw. Das ist alles ganz schön; dies sind notwendige Taktiken. Aber die RWL vermeidet völlig jede *politische* Charakterisierung der Gewerkschaftsbürokratie und jede *politische* Erklärung, warum die Gewerkschaftsirreführer bewußt und absichtlich versuchten, die Militanz der Arbeiter verpuffen zu lassen und sie zu zermürben und mit gesetzlichen Einschränkungen zu ersticken. Daher hob die RWL das Bewußtsein der Arbeiter nie über gewerkschaftliches Bewußtsein hinaus und säte tatsächlich Illusionen, daß eine neue Führung einfach „militanter“ sein müßte.

Aber in vielen Gewerkschaften sind die gegenwärtigen bürokratischen Führungen die Militanten von gestern. Schaut euch den Präsidenten der Teamster-Gewerkschaft [LKW-Fahrer] an, Ron Carey. Er wird unterstützt von einem Verein namens TDU, Teamsters for a Democratic Union, einer Organisation, die vor langer Zeit von den International Socialists geschaffen wurde. Oder in der Bergarbeitergewerkschaft, da wurde die Führung um Trumka von allen möglichen Pseudosozialisten bejubelt, da sie eine neue, militantere Führung repräsentiere. Und jetzt hat er die Bergarbeiter — die immer wußten, wie man sehr effektiv mit Streikbrechern fertig wird — auf die Straße gebracht, um Händchen haltend zu singen „We shall overcome“. Widerlich.

Und der Grund, warum diese Militanten von gestern die Karrieristen von heute werden, ist der, daß sie die gleiche prokapitalistische Einstellung haben wie ihre Vorgänger und nie damit gebrochen haben. Wenn also die RWL oder sonst jemand mit seiner Kritik an einem bestimmten Streik

einfach auf der Ebene von Streiktaktiken bleibt und nicht die existierende Führung politisch charakterisiert, dann hemmt er die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter und schadet ihr. Aus diesen besiegten Streiks wird nichts gelernt außer Demoralisierung und Zynismus.

Daher erwächst sozialistisches Bewußtsein nicht einfach aus den ökonomischen Kämpfen. In Wirklichkeit existiert beides Seite an Seite. Die Rolle der revolutionären Partei besteht darin, die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein ihrer sozialen Position und historischen Aufgaben zu erfüllen, um ihre fortgeschrittensten Schichten zu einem revolutionären Angriff auf das kapitalistische System selbst zu mobilisieren. Gegen den Versuch, den revolutionären Marxismus zu degradieren, rief Lenin zum Aufbau einer neuen Art von Partei auf, einer Kampfpartei, die vollständig aus Berufsrevolutionären besteht. Eine solche Partei war nicht den Gewerkschaften entgegengesetzt. Die Ge-

werkschaften, sagte er, sollten die Massenorganisationen sein — eine Art Einheitsfront der Masse der Arbeiter —, die eine möglichst breite Basis anstreben, um die größtmögliche Anzahl von Arbeitern in Verteidigungskämpfen gegen die Unternehmer zu vereinen.

Doch um eine derartig hoch disziplinierte, professionelle Organisation aufzubauen, die notwendig ist, um das Proletariat zum revolutionären Sturz des Kapitalismus zu führen, ist es erforderlich, daß die Partei nur die fortgeschrittensten



W.W. Norton & Co.

Russische Soldaten, abgeschlachtet im Ersten Weltkrieg. Übertritt der Sozialdemokratie ins Lager des nationalen Chauvinismus führte zu Lenins Forderung nach einer neuen, kommunistischen Internationale

stierenden Gewerkschaftsbürokratie und stärkt dadurch den Einfluß bürgerlicher Ideologie auf die Arbeiterklasse. Mit anderen Worten, wenn man nicht aus dem Rahmen reiner Gewerkschaftspolitik ausbricht, stärkt man einfach die Autorität der verräterischen Irreführer der Gewerkschaftsbürokratie.

Diese grundlegende Lektion liegt übrigens nicht weit zurück. In der aktuellen Ausgabe von *Workers Vanguard* steht sie zum Beispiel im Zentrum unserer Kritik an der

Arbeiter rekrutiert, die dann systematisch in allen nötigen intellektuellen Fähigkeiten ausgebildet werden, um effektive Organisatoren und Agitatoren zu sein, die weit herumreisen und andere Einheiten der Partei organisieren können. In dieser Partei, sagte er, wird es keine Unterschiede zwischen Arbeiter-Bolschewiki und den revolutionären Intellektuellen geben. Dies erfordert von seiten der Intellektuellen, daß sie ihre Klasse verlassen und vollständig auf die Seite der proletarischen Partei übergehen, wo ihre intellektuellen Fähigkeiten am wertvollsten sind.

Die Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki 1903

Diese Periode von 1899 bis 1902 war der Beginn von Lenins Kampagne, eine zentralisierte Partei auf der Grundlage eines umfassenden politischen Programms aufzubauen. Sein Wunsch nach einer engeren Definition von Mitgliedschaft war in dieser Anfangszeit durch den allgemeinen Wunsch motiviert, Opportunisten auszuschließen und Dilettanten auszusortieren, die die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei wegen ihres sehr lockeren Zirkelcharakters angezogen hatte.

Später, 1903, fand eine Spaltung statt, weil Lenin auf der organisatorischen Regel beharrte, daß Parteimitgliedschaft auf diejenigen beschränkt sein sollte, die dazu bereit sind, tatsächlich in einer Parteiorganisation mitzuarbeiten, im Gegensatz zu den viel lockereren Kriterien, die der rechte Flügel der Partei vorbrachte, wonach jemand ein Parteimitglied ist, der lediglich der Partei persönliche Unterstützung gibt – was im Grunde eine Art Sympathisant beschreibt. Lenin wollte Mitglieder, die ihr Leben der Sache der proletarischen Revolution widmen würden.

Diese Spaltung war der Ursprung der bolschewistischen (russisch für „Mehrheit“) Fraktion und der Menschewiki („Minderheit“). Zwar entsprach die Spaltung ungefähr einem linken und rechten Flügel, aber die klärenden Fragen tauchten erst später auf. Es ist ein allgemeiner Irrtum zu behaupten, Lenin sei sich 1902/03 voll bewußt gewesen, daß seine Konzeption der Partei einen endgültigen Bruch mit der Sozialdemokratie darstellte und daß der Bolschewismus nach der Spaltung 1903 begann.

Tatsächlich war die Gründung der Iskra-Gruppe 1900 (um die Zeitung gleichen Namens), deren Organisator Lenin war, das Zusammenkommen einiger der älteren russischen Marxisten, wie Georgi Plechanow und Wera Sassulitsch, mit jüngeren Mitgliedern, wie Lenin, als eine revolutionäre Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie, um die wesentlichen revolutionären Grundsätze des Marxismus zu verteidigen und wiederherzustellen. Die Periode von der Gründung der Iskra-Gruppe bis zur endgültigen Spaltung mit den Menschewiki und zur Gründung der Bolschewistischen Partei als solcher 1912 kennzeichnete die Umwandlung der bolschewistischen Fraktion von einer revolutionären sozialdemokratischen Organisation in eine embryonale kommunistische.

Wenn man *Was tun?* liest, ist es nicht sofort offensichtlich, daß bis zur Februarrevolution 1917 die absolutistische Romanow-Monarchie über Rußland herrschte und daß alle



Vezenberg and Co.

Lenin (Mitte) mit weiteren Führern der russischen Sozialdemokratie, 1897. Der spätere Menschewik Julius Martow sitzt rechts außen

Marxisten darin übereinstimmen, daß die unmittelbaren Aufgaben im wesentlichen demokratische seien, der Sturz des Zarismus. Jedoch gab es von seiten des menschewistischen rechten Flügels die Annahme, daß dies notwendigerweise eine längere Periode des Kapitalismus bedeutete. Damit wurde im Grunde eine revolutionäre proletarische Perspektive abgelehnt zugunsten einer parlamentarischen Opposition unter einer kapitalistischen Regierung.

Lenin stimmte darin überein, daß die unmittelbare Aufgabe der Sturz des Zarismus war. Aber er wandte sich vehement gegen die Perspektive, daß die Marxisten einen Block mit der liberalen Bourgeoisie bilden sollten. Wofür er eintrat, war ein Bündnis zwischen dem revolutionären Proletariat und der armen Bauernschaft. Im Gegensatz zu den Menschewiki versuchte er, eine Klassenlinie zu ziehen zwischen dem Proletariat und den werktätigen Klassen im allgemeinen einerseits und der Kapitalistenklasse andererseits. Jedoch hatte diese Theorie, die Lenin „die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ nannte, einen wesentlichen Fehler in dem Sinne, daß sie für eine Diktatur, eine Staatsmacht, von zwei Klassen eintrat, von denen eine – die Bauernschaft – eine besitzende Klasse ist. Aber die Theorie diente seinem Hauptziel, gegen die Menschewiki und ihre rein demokratische Perspektive eine Linie zu ziehen. Das also war der Rahmen, in dem diese Auseinandersetzungen stattfanden.

Lenins Perspektive war, daß der Sturz des Zarismus in Rußland durch das revolutionäre Proletariat und die Bauernschaft als Funke dienen würde für die proletarische Revolution in den fortgeschritteneren Ländern, wo die Situation sehr viel reifer für eine sozialistische Revolution war. Er sah es so, daß die demokratische Revolution in Rußland ziemlich direkt zur sozialistischen Revolution in Westeuropa, besonders in Deutschland, führen würde.

In dieser Periode bis 1912 brachte Lenins konsequent revolutionäre Stoßrichtung ihn häufig dazu, mit dem Opportunismus zu brechen, lange bevor er dies theoretisch oder international verallgemeinert hatte. Bis 1912 waren

Fortgesetzt auf Seite 16

Avantgardepartei...

Fortsetzung von Seite 15

Bolschewiki und Menschewiki manchmal gezwungen, als Fraktionen in der gleichen Partei zu existieren. Lenin baute zwar seine bolschewistische Fraktion in einer sehr disziplinierten Weise auf, aber er hatte noch nicht grundsätzlich mit Karl Kautskys Konzeption der „Partei der Gesamtklasse“ gebrochen. Diese Konzeption besagte, daß die Bewegung nicht gespalten werden sollte und daß alle unterschiedlichen Schattierungen, einschließlich des Opportunismus, in einer Partei existieren könnten. Karl Kautsky war damals der herausragende Führer der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Partei war die bei weitem größte Partei in Europa. Lenin respektierte Kautsky sehr, und tatsächlich werdet ihr in *Was tun?* finden, daß Lenin zu den grundlegenden Positionen des Marxismus Kautsky zitiert.

Krieg und Revolution

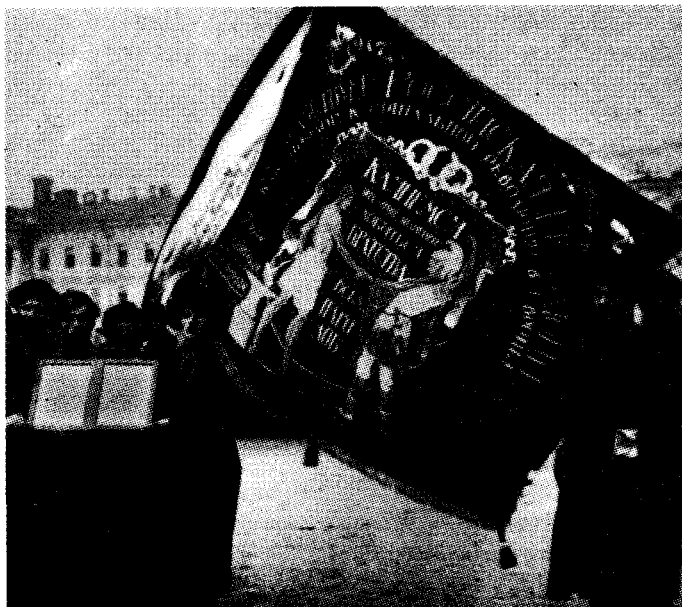
Erst mit dem Ausbruch des ersten interimperialistischen Krieges 1914 und dem vollständigen politischen Zusammenbruch der Sozialistischen (Zweiten) Internationale begann Lenin, im nachhinein zu erkennen, welche Implikationen und Auswirkungen sein bisheriger Kurs hatte. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs stimmte die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 4. August 1914 einstimmig für die Kriegskredite der Regierung und unterstützte damit die deutsche Bourgeoisie im Krieg. Diese Handlung löste bei den Revolutionären in der Zweiten Internationale einen absoluten Schock aus. Lenin weigerte sich zuerst, den Bericht zu glauben.

Aber dieses einzelne Ereignis sollte Lenin von dem linken Führer der russischen Sozialdemokratie, einem Kommunisten im Embryonalstadium, zum Begründer und Führer der kommunistischen Weltbewegung machen. Infolge des Zusammenbruchs der deutschen Partei brachen alle anderen sozialistischen Parteien in Europa in der gleichen Orgie von Sozialchauvinismus zusammen, jede Partei drängte die Arbeiterklasse ihres Landes dazu, die Kriegsziele ihrer eigenen herrschenden Klasse zu unterstützen, und ignorierte völlig ihre historische Opposition gegen den imperialistischen Krieg. Der Erste Weltkrieg war das schrecklichste Gemetzel, das die Welt bis dahin gesehen hatte. Millionen Menschen aus der Arbeiterklasse jedes



Gubb/JB Pictures

Für die unterdrückten Schwarzen Südafrikas ist das rote Banner des Kommunismus weiterhin Symbol für Freiheit und soziale Gleichheit. Baut eine Partei auf, die die internationale proletarische Revolution führt!



VAAP

Die Bolschewiki bekämpften engstirnigen Ökonomismus und kämpften dafür, russische Arbeiter für revolutionären Internationalismus zu gewinnen. Das Banner der Fabrik „Roter Putilow“, vor einem Armeeeregiment präsentiert, lautet: „Lang lebe die allrussische Revolution als Auftakt zur sozialen Revolution in Europa“

Landes wurden getötet. Deutsche Arbeiter töteten französische und englische Arbeiter und russische Arbeiter und umgekehrt, alle wurden angetrieben, für ihr jeweiliges Vaterland zu kämpfen. Es war ein erschütternder Verrat an den elementaren sozialistischen Grundsätzen.

Lenins wesentliche Politik gegenüber dem Krieg und der internationalen sozialistischen Bewegung wurde innerhalb weniger Wochen entwickelt. Seine Politik hatte drei Elemente: 1) Sozialisten müssen für die Niederlage vor allem ihres eigenen bürgerlichen Staates eintreten. 2) Der Krieg zeigte, daß der Kapitalismus in der imperialistischen Epoche die ganze Zivilisation zu zerstören drohte. Deshalb müssen Sozialisten daran arbeiten, den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg umzuwandeln, in die proletarische Revolution. 3) Die Zweite Internationale ist durch Sozialchauvinismus zerstört worden. Eine neue revolutionäre Internationale muß aufgebaut werden durch eine vollständige Spaltung mit den Opportunisten in der sozialistischen Bewegung. Diese Grundsätze, diese drei politischen Punkte, blieben zentral für Lenins Aktivitäten bis zur Russischen Revolution vom 25. Oktober 1917.

Lenin war klar, daß er dafür eintrat, die internationale Arbeiterbewegung in zwei antagonistische Parteien zu spalten: die eine revolutionär, die andere reformistisch. Zwar hatte er 1903 die russische Sozialdemokratie gespalten, bevor sie eine Massenbasis hatte, aber er war sich damals nicht vollständig bewußt, was er getan hatte. Zuvor hielt er es für eine Abspaltung des proletarischen Sozialismus von der kleinbürgerlichen Demokratie, d. h. daß der Einfluß, der zum Opportunismus führt, von *außerhalb* der Partei käme. Das Verständnis von der materiellen Basis des Opportunismus *innerhalb* der Sozialdemokratie war eine der Hauptschlußfolgerungen seines Buchs *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, das er 1916 schrieb. In dieser Periode, von 1914 bis 1917, entstand der Leninismus als eine qualitative Erweiterung des Marxismus.

Als Lenin den totalen Zusammenbruch der SPD untersuchte, wurde ihm klar, daß die Quelle des Opportunismus in der deutschen Partei selbst lag. Ihre Spitzenführung stützte sich auf eine Arbeiteraristokratie — eine privile-

gierte Schicht, die Nutznießer der imperialistischen Ausbeutung von den Kolonien in aller Welt war. Die politische Perspektive der Parteiführung war inzwischen total verbürgerlicht, ein Ergebnis ihrer sozialen Position in der deutschen Gesellschaft.

Jetzt erkannte Lenin, daß in der Praxis seine bolschewistische Organisation tatsächlich *nicht* entsprechend der Kautskyanischen Formel aufgebaut worden war. Das Auswählen, Testen und Trainieren der bolschewistischen Kader war grundlegend verschieden vom sozialdemokratischen Modell Deutschlands. 1912 hatten sie politisch und organisatorisch völlig gebrochen mit den russischen Opportunisten, den Menschewiki – zweieinhalb Jahre vor dem Kriegsausbruch. Lenin nahm jetzt die Bolschewistische Partei als Modell für die neue Dritte Internationale, zu der er aufrief. Nach dem Sieg der Russischen Revolution wurde 1919 die Dritte, Kommunistische Internationale gegründet. Auf der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten, spalteten sich die Sozialistischen Parteien, und die linken Flügel gründeten neue Kommunistische Parteien, organisiert aufgrund der Grundsätze, des Programms und der Praktiken der russischen Bolschewiki. Das ist unser Modell und letztendlich das, wo wir herkommen.

Die Russische Revolution 1917

Um in der Realität die entscheidende Rolle der Führung und die Rolle der revolutionären Partei zu sehen, solltet ihr den Verlauf der Russischen Revolution zwischen Februar und Oktober 1917 untersuchen. Trotzki machte die Aussage, daß die Führung für die Partei das ist, was die Partei für die Klasse ist. Viele Jahre später blickte Trotzki auf 1917 zurück und fragte: Hätte die Russische Revolution ohne Lenin stattfinden können? Und er sagte: Dazu müßte ich „nein“ sagen.

In der Bolschewistischen Partei selbst gab es erhebliche Verwirrung und Orientierungslosigkeit beim Ausbruch der Februarrevolution, als der Zar abdankte und eine kapitalistische Provisorische Regierung gebildet wurde. Seite an Seite mit dieser Regierung gab es die Sowjets („Sowjet“ ist das russische Wort für Arbeiterrat). Dies waren Massenorganisationen, die in der Revolution 1905 entstanden. Delegierte zu den Sowjets wurden in den Fabriken und von den einfachen Soldaten gewählt.

Lenin führte also zwischen Februar 1917 und dem Oktoberaufstand einen heftigen politischen Kampf an mehreren Fronten gleichzeitig. Einerseits um die Autorität der kleinbürgerlichen Parteien, der Menschewiki und der auf die Bauern gestützten Sozialrevolutionäre, die am Anfang eine Mehrheit in den Sowjets hatten, bloßzustellen und zu nichte zu machen. Andererseits kämpfte er innerhalb seiner eigenen Partei gegen einen hartnäckigen rechten Flügel, der sich an die opportunistischen Parteien anpaßte, die ihrerseits die kapitalistische Regierung unterstützten. Trotzki sagte, daß nur Lenins Weitsicht und seine große Autorität bei den Parteikadern es den Bolschewiki ermöglichten, den günstigen Augenblick zu nutzen und den Aufstand zu führen.

In einer revolutionären Situation durchläuft das Bewußtsein der Arbeiter tagtäglich ein sehr rasches Wechselbad, und oft hinkten sogar die Bolschewiki

hinterher. Aber endlich kommt die Zeit, die Trotzki als den revolutionären Augenblick bezeichnet, wo die Arbeiterklasse aus eigener Erfahrung alle anderen Möglichkeiten zurückgewiesen hat und sich jetzt voll bewußt geworden ist, daß es keinen anderen, geringeren Weg gibt: Wir müssen die Macht selbst erobern! Jetzt sahen sie auf die Bolschewiki als ihre Führung.

Die andere Vorbedingung für einen erfolgreichen Aufstand ist die zeitweilige Erschöpfung und Verwirrung der herrschenden Klasse selbst und eine Situation, wo sie über die Instrumente ihrer eigenen Staatsmacht, im wesentlichen die Armee, nicht mehr verfügen kann. Man kann keinen Aufstand haben, solange die Machtstrukturen des kapitalistischen Staats intakt bleiben. Wie Lenin erklärte, besteht der kapitalistische Staat aus den besonderen Formationen bewaffneter Menschen, deren Zweck es ist, die Eigentumsformen des Kapitalismus zu verteidigen. Der Staat, jeder Staat, ist ein Werkzeug zur Zwangsherrschaft einer Klasse über eine andere. Also kann man keinen Aufstand haben, ohne die Armee spalten zu können und der Bourgeoisie die Macht, militärisch die Revolution zu zerschlagen, entreißen zu können.

Anfang Oktober 1917 kamen alle diese Faktoren zusammen. Die Armeegarnison in Petrograd weigerte sich, Befehle von der Provisorischen Regierung entgegenzunehmen. Sie wollte nur Befehle von den Sowjets annehmen. So war der Aufstand selbst, und die Machtergreifung, außergewöhnlich unblutig.

Aber wie Trotzki sagt: Wehe jeder Partei, die in diesem Augenblick zurückweicht und anfängt, die Kräfte der Bourgeoisie zu überschätzen oder gleichzeitig die revolutionäre Kapazität der Arbeiterklasse in diesem entscheidenden Augenblick zu unterschätzen. Gerade dies führte zum Scheitern der deutschen Revolution im Oktober 1923, und dieses Scheitern blockierte den Weg zur Ausweitung der Revolution auf das industrialisierte Deutschland und bahnte dem deutschen Faschismus den Weg. Eine angst-erfüllte herrschende Klasse ist ein sehr gefährlicher Gegner. Nachdem man ihr fast die Macht entrissen hatte, wollte sie dafür sorgen, daß dies nicht nochmal passiert. Sie fing an, faschistische Schläger zu finanzieren, die erst

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

Dezember 1989: Spartakisten kämpften gegen Ausverkauf des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates DDR durch die Stalinisten und für proletarisch-politische Revolution

Avantgardepartei...

Fortsetzung von Seite 17

die Kommunistische Partei und dann die Gewerkschaften zerschlugen. Dann verfolgten sie die Juden.

Das Scheitern der deutschen Revolution beendete auch die revolutionäre Periode, die im Oktober 1917 in Rußland begonnen hatte, und ließ die ökonomisch verwüstete und erschöpfte junge Sowjetrepublik in völliger Isolation zurück. Lenin und Trotzki wußten, daß die Revolution, um im rückständigen Rußland überleben zu können, sich sofort auf das industrialisierte Westeuropa ausweiten mußte. Dies war das grundlegende Verständnis des klassischen Marxismus: Man kann eine Revolution nicht in einem Land, besonders nicht in einem rückständigen Land, isoliert lassen; man wird sofort von den anderen imperialistischen Mächten angegriffen. Deshalb muß man die Revolution ins Lager der Imperialisten tragen.

Daß dieser Weg nach Deutschland blockiert wurde, demoralisierte die russischen Arbeiter und Teile der Kommunistischen Partei selbst, und das Ergebnis war eine politische Konterrevolution 1924 unter Führung Stalins und seiner Fraktion gegen das Programm und die Führung der Oktoberrevolution.

Demokratischer Zentralismus

Die organisatorische Praxis einer leninistischen Partei basiert auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, was völlige Freiheit in der internen Diskussion, vollständige Disziplin und Einheit in der Aktion bedeutet. Wie Trotzki es sagte: ohne interne Demokratie keine revolutionäre Erziehung, ohne Disziplin keine revolutionäre Aktion. Um die grundlegenden Konzeptionen des demokratischen Zentralismus zu beschreiben, lese ich am besten einen Abschnitt aus unseren Gründungsdokumenten vor:

„Die Spartacist League übernimmt ihre Organisationsformen und -praktiken aus den Institutionen und Erfahrungen, die sich in der leninistischen Bewegung herausgebildet haben, und versucht in den besten Traditionen des Leninismus zu funktionieren. Wir trachten danach, das breiteste Ausmaß an interner Demokratie und Diskussion anzuwenden, das vereinbar ist mit einer effektiven und disziplinierten Funktionsweise. Im Gegensatz zu vielen Organisationen, die über die Idee der fraktionellen Demokratie nur reden, erkennt die SL an, daß das

Recht auf Fraktionen grundlegend ist und daß ein Fraktionskampf nicht nur der Schulung dient, sondern im Fall scharfer Differenzen auch der einzige Weg ist, auf dem die Partei zu einer korrekten politischen Linie kommen kann...

Die SL muß in erster Linie eine Aktionsorganisation sein, nicht eine Diskussionsgruppe. Ist man einmal zu einer Position gekommen, kann sie jederzeit durch ein höheres Gremium aufgehoben oder später widerrufen werden, aber bis dahin muß sie ausgeführt werden.“

Oder, wie James Cannon es sagte: „Nur eine selbständig handelnde und kritisch eingestellte Mitgliedschaft ist in der Lage, die revolutionäre Partei zu schmieden und zu festigen und ihre Probleme durch kollektive Diskussion und Entscheidung zu lösen. Eine lockere, heterogene, undisziplinierte, ungeschulte Organisation ist völlig unfähig.“

Im Grunde ist demokratischer Zentralismus ein einfaches Prinzip. Wenn es Auseinandersetzungen oder Differenzen in der Partei gibt, werden sie diskutiert und debattiert bis zur nationalen Konferenz, die die höchste Körperschaft der Organisation ist. Aber nachdem durch mehrheitliche Abstimmung eine Entscheidung erreicht ist, ist die Minderheit durch diese Entscheidung gebunden bei den öffentlichen Aktionen der Partei, einschließlich ihrer Presse. Dies heißt *nicht*, daß du deine Meinung fallenlassen oder aufgeben mußt. Das war die bürokratische und zerstörerische Praxis, die der Stalinismus einfuhrte. Sie nannten diese Praxis „Kritik – Selbstkritik“, was sich in dem Konzept der Einstimmigkeit zuspitzte. Was dies wirklich hieß, war folgendes: Wenn du auf der falschen Seite einer Frage standest – und was die falsche Seite war, wurde von der Führung bestimmt –, mußtest du vor der Mitgliedschaft aufstehen und dich dafür kritisieren, die falschen Ansichten vertreten zu haben. Mit anderen Worten, du mußtest aufstehen und erklären, was für eine schlimme Person du bist, irgend so ein kleinbürgerlicher Dilettant oder sonst was.

Aber diese Art von falschem Geständnis, dieses Abschwören deiner Ansichten, ruiniert dich einfach als Revolutionär. Und dieser Mechanismus selektierte Menschen aus. Was blieb, waren diejenigen, die lernten, im Rahmen einer bürokratischen Organisation zu leben, wo von ihnen erwartet wurde, daß sie nicht selbst denken. Wir dagegen schätzen das kritische Denken unserer eigenen Mitglieder und ermutigen es.

Tatsächlich ist dies der wesentliche Grund für die Schaffung einer eigenständigen Jugendorganisation, so daß sie ein Übungsfeld für die Partei sein kann, wo man lernt, wie man eine Ortsgruppe aufbaut, wo man lernt, wie man in Ortsleitungskomitees arbeitet, wie man Verkaufsleiter und Organisator und Redakteur ist und eine Zeitung herausbringt und eine ganze nationale Organisation führt, parallel zur Erwachsenen-Partei selbst. Und man tut dies so, daß man nicht von Mitgliedern umgeben ist, die seit 20 Jahren in der Partei sind – was Jugendlichen das Gefühl gibt, sie wären die Allerdümmsten im Raum –, sondern von seinesgleichen. Dies ermutigt am meisten zur umfassenden kritischen Diskussion. Genau so schafft man kritisches Denken und höheres Bewußtsein.

Bolschewismus kontra Bürokratismus

Sozialdemokratische Organisationen denunzieren den leninistischen demokratischen Zentralismus als den Vorläufer des stalinistischen Bürokratismus, weil sie keine Perspektive des revolutionären Sturzes des Kapitalismus haben, sondern seinen sogenannten liberalen Flügel unter Druck zu setzen versuchen. Das ist die standardmäßige



SPARTACIST

NUMBER 52 ENGLISH EDITION AUTUMN 1995

Neu!

Spartacist

(englische Ausgabe)

Nr. 52
Herbst 1995
(56 Seiten)

DM 2,-
zzgl. Porto DM 1,50

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postgiro Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Wohlforth: Who Is This Road Kill?...24

Letter to the Workers Organisation for Socialist Action For a Bolshevik Workers Party in South Africa...33

Declaration of Fraternal Relations Between Luta Metalúrgica (Brazil) and the International Communist League...43

National Chauvinism Is Poison to Class Struggle Independence for Quebec!...56

AUSTRALIA .40 BRITAIN .11 CANADA .08 DENMARK .08 GERMANY .08 GREECE .08 ITALY .08 JAPAN .08 NETHERLANDS .08 POLAND .08 SWEDEN .08 SWITZERLAND .08 USA .08

Spartakist-Block für die ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219 in Berlin 1992.

Frauen protestierten als erste gegen die verheerenden Folgen des Anschlusses.

Die Spartakist-Arbeiterpartei und die Spartakist-Jugend kämpfen für eine leninistische Partei, die ein Tribün aller Unterdrückten sein wird. Schließt euch uns an!



Spartakist

antikommunistische Schlußfolgerung, die man jetzt ständig zu hören bekommt, seit der Bankrott des Stalinismus den Zusammenbruch der Sowjetunion herbeiführte: Stalinistischer Bürokratismus erwuchs aus dem leninistischen demokratischen Zentralismus.

In einer sozialdemokratischen Organisation können alle fast alles sagen, was sie wollen, worin sich deren völlig heterogene politische Zusammensetzung widerspiegelt. Allerdings gibt es eine Parteilinie. Sie wird in der Zeitung verbreitet und jemand erschafft sie, im allgemeinen die im Augenblick herrschende Clique, die gewöhnlich ohne irgendwelche besonderen demokratischen Diskussionen wechselt. Zentristische und sozialdemokratische Organisationen sind in der Praxis immer bürokratische Organisationen. Zentrismus ist als diejenige Strömung definiert, die zwischen den Polen von Revolution und Reformismus existiert. Sogar in den am meisten links tönenden zentristischen Gruppen gibt es einen Konflikt zwischen ihren erklärten Zielen – ihren Positionen auf dem Papier – und ihrer wirklichen Praxis.

Eine andere Definition des Zentrismus ist: revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten. Tatsächlich ist dieser Widerspruch die Quelle jedes Bürokratismus. Die Stalinisten waren eine lebende Lüge, von 1924 bis zum Zusammenbruch der bürokratischen Herrschaft 1989–91. Sie brachten Lenins *Gesammelte Werke* heraus und versuchten gleichzeitig, durch die Verhinderung von Arbeiterrevolutionen den Imperialismus zu beschwichtigen. Dieser tiefe Widerspruch war die Grundlage für den Polizeistaat und für den Bürokratismus.

Das Verständnis, daß das Bewußtsein der revolutionären Partei höher ist als das Bewußtsein der Arbeiterklasse, bedeutet, daß wir nicht versuchen, rückständigere Arbeiter außerhalb der Partei zu mobilisieren, um die Partei intern unter Druck zu setzen. Vor vielen Jahren schrieben wir, „daß das grundlegende Prinzip für Kommunisten ist, daß man unter seinen Genossen kämpft, um eine Mehrheit für sein Programm zu gewinnen, und daß jeder, der versucht, rückständige Kräfte und Elemente fremder Klassen außerhalb einer revolutionären marxistischen Organisation zu mobilisieren, um für den Aufstieg innerhalb dieser Organisation zu kämpfen, kein Kommunist ist.“ Die Partei aufzubauen und zu erhalten erfordert

das höchste Niveau bewußter Anstrengung.

Um die revolutionäre Integrität der gesamten Partei sicherzustellen, muß die Führung auf das sorgfältigste die Rechte aller Genossen oder Gruppierungen in der Partei schützen, die Differenzen zur Partei haben. Schließlich könnten sie recht haben. Anfang der 60er Jahre waren wir in der Socialist Workers Party eine linke Opposition, die als Revolutionäre Tendenz (RT) bekannt war. Die SWP verstieß auf grobe Weise gegen unsere demokratischen Rechte. Man hielt uns davon ab, in Bereichen, wo wir Differenzen hatten, öffentliche Arbeit zu leisten. Man hielt uns von den Führungsgremien der Partei fern, man verwehrte uns das Recht, als eine Fraktion in der Partei zu existieren, und wir hatten dauernd darum zu kämpfen, einfach als eine organisierte Gruppe zu existieren, die den Parteimitgliedern unsere Ansichten darzulegen versucht.

Wir lernten also aus dieser Erfahrung, als wir am kurzen Ende eines sehr bürokratischen Hebels saßen, und das spiegelt sich in unseren Organisationsregeln und -richtlinien wider, wo die Rechte von Fraktionen festgelegt sind, das Recht auf proportionale Vertretung in Führungsgremien, wenn die Differenzen nicht auf einer nationalen Konferenz gelöst worden sind. Einmal, während einer Debatte in der New Yorker Ortsgruppe der Socialist Workers Party, schaute der Nationalsekretär Farrell Dobbs mich an, einen jungen Unterstützer der RT, und sagte: „Die Mehrheit ist die Partei!“ Und das war vollkommen falsch, das war eine grundlegend bürokratische Aussage. Die Partei ist sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit.

Also lernten wir aus dieser negativen Erfahrung. Wir verstanden auch, daß diese Abweichungen von den Normen des Leninismus daher kamen, daß die SWP ihre revolutionäre Perspektive verloren hatte und sich sehr schnell in Richtung Reformismus bewegte. Sie hatte keine Verwendung mehr für die Praktiken, die für eine revolutionäre Partei notwendig sind.

Ich heiße diejenigen unter euch willkommen, die dieses Wochenende in den Jugendclub eintreten. Es ist der erste wichtige Schritt dahin, euer Leben der Sache des Proletariats zu widmen. Es gibt keine höhere Form, wie man der Menschheit dienen kann.

*Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 634,
1. Dezember 1995*

Selbstbestimmung...

Fortsetzung von Seite 11

werden, zeugt von einer Geisteshaltung, die wahrhaft *dérangé* (verwirrt) ist. Im Gegensatz zum Balkan, wo die blutigen nationalistischen Konflikte durch die Konkurrenz *eng miteinander verflochtener* Völker um das gleiche Territorium angefacht werden, ist Quebec eine separate französischsprachige Nation mit einem gemeinsamen Volk, einer gemeinsamen Sprache, einer gemeinsamen Kultur und einer gemeinsamen Geschichte. Obwohl die indianischen Ureinwohner sicherlich weiterhin Nackenschläge erhalten würden, falls sich Quebec abtrennen sollte (niemand sollte glauben, daß sie gegenwärtig von den englisch-kanadischen imperialistischen Herrschern nicht mißbraucht und verunglimpft werden), würde doch Unabhängigkeit nicht „ethnische Säuberungen“ bedeuten, die ein anderes Volk oder eine andere Nationalität vertreiben sollen.

Quebec wurde zwangsweise an das britische Nordamerika angeschlossen nach der Niederlage der französischen Garnison auf der Abrahambene 1759. 1867 war die nationale Unterwerfung der Québécois (Einwohner von Quebec) der Eckstein der kanadischen Konföderation. 100 Jahre später, als Quebec verspätet aus klerikal dominierter Rückständigkeit auftauchte, entstand eine mobile aufwärtsstrebende französischsprachige Kleinbourgeoisie, und gleichzeitig trat ein Proletariat hervor, das zu den kämpferischsten und klassenbewußtesten in ganz Nordamerika zählt. Opposition gegen den Anglo-Chauvinismus und gegen die Unterdrückung der nationalen und Sprachrechte der Québécois entfachten einen Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterbewegung in den späten 60er und den frühen 70er Jahren.

Die Gewerkschaftsbürokraten Quebecs kanalisiert die Militanz und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in eine Unterstützung für die bürgerlich-nationalistische Parti Québécois. Unterstützt wurden sie dabei durch den Anglo-Chauvinismus der Arbeiter-Irreführer im übrigen Kanada, die sich militant den legitimen nationalen und Sprachrechten der Québécois widersetzen. Die Tatsache, daß Quebec eine separate Nation ist mit entsprechenden nationalen Rechten — d.h. dem Recht auf Unabhängigkeit — wird in den Artikeln des *Bulletin* zu dieser Frage nicht einmal beiläufig erwähnt. Sie erwähnen auch nicht — von Opposition kann schon gar keine Rede sein — den wütenden, gegen Quebec gerichteten Anglo-Chauvinismus im englischen Kanada.

Heute wird solcher Chauvinismus besonders repräsentiert durch die Reform Party, deren Basis in den Präriegebieten sitzt und die jetzt eine der zwei großen Oppositionsparteien im kanadischen Parlament ist. Die andere große Oppositionspartei ist der Bloc Québécois — auf Bundesebene das Gegenstück zur PQ, die jetzt Quebec regiert. Dies allein sollte schon eine Vorstellung davon geben, wie dominant die nationale Frage Quebecs in Kanada ist und in welchem Ausmaß sie die Beziehungen zwischen den Arbeitern Quebecs und Englisch-Kanadas vergiftet.

Unsere kanadischen Genossen der Trotskyist League/Ligue Trotskyste sind konsequent für Quebecs bedingungsloses Recht auf Unabhängigkeit eingetreten, nicht weil sie die Bestrebungen der aufsteigenden Québécois-Bourgeoisie unterstützen, „*maîtres chez nous*“ (Herren im eigenen Haus) zu werden, sondern aus der proletarisch-internationalistischen Verpflichtung heraus, die nationalen Barrieren wegzuräumen, die der Klasseneinheit der englisch- und französischsprachigen Arbeiter Nordamerikas im Wege stehen. Die North-Anhänger dagegen behaupten zwar, zu kämpfen, „Arbeiter in Kanada mit ihren Klassenbrüdern in den USA und Mexiko zu vereinen“, aber sie *weigern* sich, Quebecs Recht auf Unabhängigkeit zu verteidigen. Das ist

genau entgegengesetzt zu einem internationalistischen Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse.

Es ist im Gegenteil einfach hinterrücks eine Unterstützung der „Einheit“ des kanadischen bürgerlichen Staates. In Lenins Worten:

„Das Proletariat kann nicht an der für die imperialistische Bourgeoisie besonders ‚unangenehmen‘ Frage der *Grenzen* des Staates, die auf nationaler Unterjochung beruhen, stillschweigend vorbeigehen. Es kann sich des Kampfes gegen die gewaltsame Zurückhaltung der unterjochten Nationen in den Grenzen des vorhandenen Staates nicht enthalten, und eben dies heißt für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kämpfen. Das Proletariat muß die Freiheit der politischen Abtrennung der von ‚seiner‘ Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten; weder Vertrauen noch Klassensolidarität unter den Arbeitern der unterdrückten und der unterdrückenden Nation sind möglich; die Heuchelei der reformistischen und Kautskyschen Vertreter des Selbstbestimmungsrechts, die sich über die von ‚ihren eigenen Nationen‘ unterdrückten und in ‚ihrem eigenen‘ Staate gewaltsam zurückgehaltenen Nationen ausschweigen, bleibt dabei immer noch unentlarvt.“ („Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Januar/Februar 1916)

Gefälschte „Orthodoxie“

Es mag zwar eine Neuerung sein, daß die North-Leute offen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zurückweisen, aber es war für sie kein sehr großer Schritt, dorthin zu gelangen. Schon lange haben sie rassistische und andere Formen der Unterdrückung, die die kapitalistische Ausbeutung hervorbringt, höhnisch als irgendwie irrelevant für den „Klassenkampf“ abgetan — der für sie bedeutete, eine primitive arbeitertümelnde Anpassung an die rassistischen Arbeiterbürokraten des Kalten Krieges zu betreiben. Auf dem Höhepunkt der Proteste gegen den Vietnamkrieg und der Kämpfe für die Freiheit der Schwarzen stellte das *Bulletin* ein Programm für eine Arbeiterpartei vor, in dem weder die Opposition zum Krieg noch der Kampf für die Befreiung der Schwarzen vorkam!

In einer langen Reihe von Artikeln im *Bulletin* der amerikanischen Workers League, geschrieben Mitte der 80er Jahre unter der Überschrift „Die Politik der Spartacist League“, prangerte uns die WL wegen „Besessenheit in der Rassenfrage“ an. Warum? Nach Auffassung der North-Anhänger brachte *Workers Vanguard* zu viele Artikel über die Frage der Unterdrückung der Schwarzen, über rassistischen Terror und Widerstand gegen Faschismus, und nicht genug über „Arbeiter“. Da spielt es keine Rolle, daß Schwarze in den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung stark vertreten sind und daß der Kampf gegen rassistischen und faschistischen Terror wesentlich für die Verteidigung der gesamten Arbeiterbewegung ist. Aber offensichtlich sieht es das *Bulletin* anders. 1983 brachte es einen Artikel, der die von der SL initiierte Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen im November 1982 in Washington, D.C. — bei der über 5000 schwarze Arbeiter und Jugendliche auf die Straße gingen und den Klan *stoppten* — als „ein Abenteuer, das der Polizei direkt in die Hände spielte“, verleumdete!

Sogar Gerry Healy schrieb über „D. Norths Sozialismus, der weißer als weiß ist“. In der amerikanischen Gesellschaft, wo die gewaltsame Ausgrenzung der Schwarzen ganz unten ein Grundpfeiler des US-Kapitalismus ist, muß die Arbeiterbewegung für die Befreiung der Schwarzen eintreten, wenn sie die Ketten der kapitalistischen Ausbeutung und Erniedrigung zerbrechen will. Nach Behauptung der

North-Leute bedeutet dies, den „Kampf gegen Rassismus“ dem „Kampf der Arbeiterklasse ... entgegenzustellen“.

Die gleiche *Bulletin*-Serie schmähte uns für die einfache (und ausgesprochen wahre) Aussage, daß der hart umkämpfte Streik der Fleischpacker von Hormel 1986 von den „Arbeiterverrättern, die gegenwärtig die oberste Führung der amerikanischen Arbeiterbewegung stellen“, erdolcht worden war. Die Workers League höhnte, dies sei nur ein weiterer Beweis für unseren „böartigen Haß auf die Arbeiterklasse und tiefen Pessimismus“. Daß die North-Leute die Gewerkschafts-Irreführer mit den Gewerkschaften selbst gleichsetzen, ist eine ihrer wenigen politischen Konstanten gewesen. Jetzt haben sie diese Gleichung einfach umgekehrt. Früher kreischten sie, daß es eine Art „Beweis“ für den „Haß auf die Arbeiterklasse“ sei, wenn man die Gewerkschaftsbürokraten angreift, jetzt sind sie dazu übergegangen zu verkünden, daß die Gewerkschaften als ganze nicht mehr als Arbeiterorganisationen betrachtet werden könnten! Vor ein paar Jahren erklärte David North in einer seiner schwerfälligen Reden, mit dem Titel „Das Ende der UdSSR“, „die AFL-CIO [amerikanischer Gewerkschaftsdachverband] als Organisation der Arbeiterklasse zu definieren heißt, die Arbeiterklasse blind zu machen“ (*Bulletin*, 10. Januar 1992).

Die Gewerkschaften sind durch ihre prokapitalistischen Spitzenfunktionäre so schlimm unterminiert worden, daß die organisierte Arbeiterbewegung in diesem Land immer mehr zu einer leeren Hülse geworden ist. Doch obwohl die Gewerkschaften jetzt nur einen kleinen Prozentsatz der Arbeiterklasse repräsentieren, sind sie trotzdem immer noch die ökonomischen Organisationen der Arbeiterklasse. Sie in Kampforganisationen für die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten umzuwandeln erfordert einen politischen Kampf, der den Würgegriff der Gewerkschaftsbürokratie bricht und diese Ausverkäufer durch eine klassenkämpferische Führung ersetzt.

Aber genau ein solcher politischer Kampf ist bei den North-Anhängern ausgeschlossen, in welcher Gestalt ihre Linie zu den Gewerkschaften auch erscheint. Früher appellierten sie an die AFL-CIO-Spitzen, alles mögliche zu tun, vom Aufruf zu Generalstreiks bis hin zur Gründung einer Arbeiterpartei, und jetzt setzen sie die gesamte organisierte Arbeiterbewegung mit den Bossen und deren Regierung gleich. Die Kapitalisten oder deren Staat teilen eine derartige Ansicht über die Gewerkschaften offensichtlich nicht, denn sie haben einige Milliarden Dollar in besoldete Streikbrecher-Agenturen gepumpt. Die Appelle der North-Anhänger an die Arbeiter, ihre Gewerkschaften auf den Müll zu werfen, fördern nicht im geringsten den Kampf der Arbeiterklasse, sondern stimmen nahtlos mit den Interessen der Bosse überein, die die Gewerkschaften kaputtmachen.

Natürlich gibt es sogenannte „Gewerkschaften“, die der Beschreibung von North als „direkte Instrumente des Imperialismus“ entsprechen. Eine davon ist Solidarność in Polen, und die haben die North-Leute eifrig und heftig unterstützt. Eine weitere ist die „Union of Democratic Miners“ (Gewerkschaft Demokratischer Bergleute) in Britannien. Diese „Gewerkschaft“, die während des heroischen britischen Bergarbeiterstreiks 1984/85 aus einem Haufen von Streikbrechern bestand, wurde auf Geheiß der Thatcher-Regierung gegründet, um die National Union of Miners (NUM, Nationale Bergarbeitergewerkschaft) zu zerstören.

Das IKVI von Healy/North hatte seine eigene Hand im Spiel gegen die britische Bergarbeitergewerkschaft. Am Vorabend des Streiks machte Healys Presse einen Riesenswirbel und empörte sich über NUM-Führer Arthur Scargill wegen seiner korrekten Opposition gegen Solidarność, die er „antisozialistisch“ nannte. Diese antikommunistische Schmutzkampagne wurde sofort von den Revolverblättern

in der Londoner Fleet Street aufgegriffen und ebenso vom rechten Flügel der Labour Party und des Trades Union Congress (Gewerkschaftsdachverband), mit dem Ziel, die Bergarbeitergewerkschaft zu isolieren und zu versuchen, sie zu zerschlagen. Die Kampagne, Scargill zu verunglimpfen und zu diskreditieren, wurde von der britischen Geheimpolizei MI5 aufgegriffen als Teil einer großangelegten Mobilisierung aller Kräfte des kapitalistischen Staates, die das Ziel hatte, die Bergarbeitergewerkschaft zu zerstören. Doch selbst heute noch ist die einzige Kritik der North-Anhänger an Healys Workers Revolutionary Party (WRP), wenn es um die britischen Bergarbeiter geht, daß die WRP angeblich „jede Kritik an Scargill ausschloß“ (*International Workers Bulletin*, 25. April 1994)!

Klassenlose Demagogen

In den Abschnitten am Schluß von „Der Weg nach Tuzla“ heißt es in Norths IKVI-Erklärung, Cliff Slaughters WRP „hat sich als Ergebnis einer längeren national-opportunistischen Degeneration in eine bürgerliche Tendenz verwandelt“. Damit hat sich dann die ganze Sache erledigt. Norths Organisation hat die Gewerkschaften, die sozialdemokratischen und exstalinistischen Parteien und alle, in denen sie ihre „trozkistischen“ Hauptkonkurrenten sehen – von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat bis zu Slaughters WRP – als durch und durch bürgerliche Organisationen abgeschrieben. Wie Hegel und Marx sagen würden, haben die North-Leute alle Widersprüche aufgehoben – zu dem Zweck, sich als die letzten, die einzigen proletarischen Führer auf diesem Planeten hinzustellen.

Wenn die North-Leute Slaughters Organisation beschreiben, klingt dies nur allzusehr nach ihnen selbst, besonders die Aussage, daß die Positionen der WRP dazu dienen, ihre Mitgliedschaft „ideologisch“ so zu konditionieren, „daß sie jede Verbindung zwischen der Parteipolitik einerseits und den Klasseninteressen des Proletariats und den prinzipienfesten Positionen des Marxismus andererseits ablehnt“. Vor mehr als 10 Jahren schrieben wir in einer Antwort auf das *Bulletin*, das unsere Mobilisierung gegen den Klan in Washington, D.C. verleumdete: Die Führer von Healys IKVI sind „klassenlose Demagogen, Scheinextremisten für jeden Zweck, deren Radikalismus nichts mit sozialistischem Kampf zu tun hat“ („Zerschlagt die faschistische Verleumdung gegen die SL“, *WW* Nr. 379, 17. Mai 1985).

Alle paar Jahre werden die Köpfe der Mitgliedschaft von Norths IKVI durch eine weitere „dialektische“ Mangel gedreht. Früher lagen sie bürgerlich-nationalistischen Regimen zu Füßen, jetzt wird verkündet, man müsse rigoros gegen alle Kämpfe für Selbstbestimmung sein. Nach jahrelangem Anschleimen an die AFL-CIO-Führung wird der Mitgliedschaft jetzt erzählt, die Gewerkschaften seien das „direkte Instrument des Imperialismus“ und müßten zerstört werden.

Norths grandiose Reden, in denen „entscheidende Wendepunkte“ für das Proletariat verkündet werden, dienen nicht nur dazu, die Distanz seiner Organisation zum Klassenkampf zu rechtfertigen und zu verstärken, sie sind auch ein direktes Echo der Interessen der Imperialisten. Die „Theorien“ des IKVI sind nichts weiter als feige Rationalisierungen für die höhnische Ablehnung des Kampfes gegen chauvinistische Unterdrückung und für das Abschreiben der ökonomischen Verteidigungsorganisationen der Arbeiterklasse, nur um für sich einen kleinen Vorteil zu erhaschen. Die Politik der North-Leute ist die von Hochstaplern, die eine Nische für Außenseiter suchen. Ansonsten haben sie absolut nichts zu tun mit und stehen im Gegensatz zu einem Programm, das die internationale Arbeiterklasse und die Unterdrückten zu einem sozialistischen Sieg über ihre Ausbeuter führen kann. ■

Balkan...

Fortsetzung von Seite 24

große Klassenschlacht gegen die scharfen Angriffe geführt, die sich unter der „neuen Weltordnung“ in allen entwickelten kapitalistischen Ländern gegen die erkämpften Sozialleistungen richten. Die Streiks führten bereits dazu, daß ein geplantes gemeinsames Militärmanöver von Bundeswehr und französischer Armee verhindert wurde, französische Truppentransporte wurden unterbrochen.

Unsere Genossen von der Ligue trotskyste de France (LTF) intervenierten an den Universitäten und bei streikenden Arbeitern, um Proteste gegen die Unterzeichnung des Dayton-Abkommens am 14. Dezember in Paris zu initiieren. Auf Demonstrationen in Paris und Rouen protestierte die LTF gegen die Besetzung Bosniens durch die französische Armee und gegen den rassistischen Staatsterror gegen Immigranten im eigenen Land. Am Tag der Unterzeichnung protestierte die Spartakist-Jugend in Berlin mit Plakaten, und am 21. Dezember intervenierte sie bei einer Hamburger Demonstration in Solidarität mit den französischen Streiks unter den Losungen „Nein zur imperialistischen Aufteilung des Balkans!“ und „Bundeswehr, NATO, UNO, Hände weg vom Balkan!“

Viele besorgte Jugendliche hoffen, durch pazifistische Ablehnung jeder „Gewalt“ neue Kriege verhindern zu können. Der Anstieg der Kriegsdienstverweigerer auf 150 000 gibt ein gutes Bild darüber, wie verhaßt die Bundeswehr ist. Aber wie das Beispiel der Russischen Revolution 1917 zeigt, können imperialistische Kriege letztlich nur durch den Sturz der Kapitalisten verhindert werden. Der Kampf gegen den Krieg ist untrennbar mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden.

Gestrige „Friedens“bewegung auf Kriegspfad

Wie kommt es, daß praktisch die gesamte Linke, in Frankreich, Deutschland usw. nicht einen Finger zum Protest gegen die imperialistische Besetzung des Balkans rührte, und tatsächlich viele dieser sogenannten Sozialisten und Ökopazifisten für das NATO-Diktat waren? Noch vor einigen Monaten erklärten sogar Kohl und der frühere BND-Chef Kinkel, wegen „historischer Bedenken“ (im Klartext wegen des Völkermords, den SS und Wehrmacht dort begangen haben) keine deutschen Bodentruppen auf den Balkan zu schicken. Aber Schritt für Schritt hat Bonn in den fünf Jahren seit dem kapitalistischen Anschluß der DDR ihren Einsatz vorbereitet. Der Bürgerkrieg auf dem Balkan erwuchs direkt aus der von den Imperialisten geschürten Konterrevolution, die den jugoslawischen deformierten Arbeiterstaat zerstört hat. Mit der Anerkennung von Kroatien und Slowenien 1991 trieb das Vierte Reich die Zerstückelung Jugoslawiens voran und hetzte damit die verschiedenen südslawischen Völker in eine vier Jahre andauernde Orgie des gegenseitigen Blutvergießens. Das strategische Ziel des deutschen Imperialismus dabei ist, das östliche Europa zu beherrschen und wirtschaftlich zu durchdringen (deutsche Investitionen, Vorherrschaft der D-Mark). Dafür benutzt es diesmal eine „friedensschaffende“ Besetzung, um das zu erreichen, was dem Dritten Reich nicht gelang.

Öffentliche Bundeswehr-Gelöbnisse und Fackelmärsche, bei denen jeder Protest durch flächendeckende Demonstrationsverbote abgewürgt wurde, und die Kriegsberichterstattung in der abendlichen *Tagesschau* sollten die Bevölkerung an den Truppeneinsatz gewöhnen. Aber das allein reichte nicht aus bei einer Bevölkerung, die den Horror des Zweiten Weltkriegs nicht vergessen hat und bei der pazifistische Gefühle sehr tief sitzen.

Entscheidend war die Rolle, die die SPD, die Grünen

und die PDS mit ihren linken Anhängseln spielten, um den Boden dafür zu bereiten, daß das Vierte Reich offen seinen militärischen und wirtschaftlichen Weltmachtsanspruch ausdrücken konnte. Besonders widerlich stach die Kriegspropaganda der Grünen über serbischen „Völkermord“ hervor, mit der sie den Nazi-Völkermord beschönigen und von der Bourgeoisie von Auschwitz verlangen, auf dem Balkan „Frieden zu schaffen“. Ebenso fordern die grünen „Pazifisten“, die PDS und weite Teile der „Linken“ abwechselnd, daß Bundeswehr, Spezialtruppen des Auswärtigen Amtes oder die UNO den Völkern des Balkans das imperialistische Diktat aufzwingen sollen. Wie die *FAZ*, Sprachrohr der Finanzbourgeoisie, treffend bemerkte, mußte der Bundeswehreinsatz „neben der Mehrheit der SPD-Abgeordneten sogar von Teilen der Grünen getragen werden, damit in der Bevölkerung nicht ein schwerer Streit ausbreche“ (7. Dezember 1995).

Die PDS ruft wie die Grünen nach der „besonderen Friedensverantwortung“ des wiedervereinigten Deutschlands und wird dafür von der Kommunistischen Plattform auch noch extra gelobt (Brief an den Parteivorstand vom 27. Oktober). Zeitgleich mit dem Bundestagsbeschluß über den Einsatz der Bodentruppen entbrannte auch in der PDS eine Debatte über „friedenserhaltende“ Einsätze. Zwar stimmten die PDS-Abgeordneten gegen den Bundeswehreinsatz, aber sie waren lange für die Hungerblockade gegen Serbien; und wie beim Anschluß der DDR verbreitet die PDS die Lüge, daß es einen „friedlichen“ Imperialismus geben könne, wenn man nur ein bißchen Druck ausübt.

Der große Gewinner des Dayton-Abkommens ist Deutschlands Vasall Kroatien, das Gebiete behält, die es den Serben bei der militärischen Offensive im letzten Herbst abgenommen hat. Kroatien hat praktisch große Teile der sogenannten „muslimisch-kroatischen Föderation“ in Bosnien annektiert, wodurch nur ein von Muslimen beherrschter Rumpfstaat übrigbleibt, der tatsächlich unter kroatischer Oberhoheit steht. Der imperialistische „Frieden“ zieht verschiedene Grenzen neu, damit geographisch zusammenhängende Republiken der Muslime/Kroaten und der bosnischen Serben entstehen, während die vorgesehene „Vereinigung“ von Sarajevo rund 120 000 bosnische Serben unter muslimische Kontrolle stellt. Dies hat bereits zu einer ersten Fluchtwelle geführt und wird weitere Zwangsumsiedlungen bedeuten. Bereits mehr als drei Millionen Flüchtlinge wurden durch „ethnische Säuberungen“ vertrieben. Jetzt hat Bonn angekündigt, auch die 320 000 bosnischen Flüchtlinge in Deutschland auf schnellstem Wege abzuschicken. Auf dem Balkan waren Roma die ersten Opfer der „ethnischen Säuberungen“. Viele der Flüchtlinge in der BRD sind Roma, die seit Jahren vor allem von den SPD-Länderregierungen abgeschoben werden. Die Gewerkschaften müssen gegen rassistischen Terror mobilisiert werden und die Abschiebungen stoppen! Die SpAD fordert Asylrecht für alle Flüchtlinge vor rechtem Terror und volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind!

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) hat sich gegen alle Seiten in diesem brudermörderischen Kriegstreiben gestellt und sich gleichzeitig gegen alle Interventionen der Imperialisten und der „UNO“ gewandt, auch gegen das einschneidende Wirtschaftssembargo gegen Serbien. Aber mit den massiven Terror-Bombardierungen der NATO gegen die bosnischen Serben im August/September 1995, die der von den USA und Deutschland gesponserten kroatischen Offensive und Vertreibung von 200 000 Serben aus der Krajina folgten, änderte sich der Charakter des Konflikts; er wurde zu einem imperialistischen Krieg gegen die bosnischen Serben. Die IKL hielt Protestdemonstrationen in Berlin, New York und anderen westlichen Großstädten ab, bei denen sie dazu aufrief, die bosnischen Serben gegen

die Angriffe der NATO/Bundeswehr-Imperialisten und ihrer Marionetten der muslimisch-kroatischen Allianz zu verteidigen.

Im Gegensatz dazu haben sich viele selbsternannte Trotzisten dem imperialistischen Kreuzzug über das „arme kleine Bosnien“ angeschlossen. Die Gruppe Arbeitermacht forderte noch während der NATO-Bombardierung die Bewaffnung der bosnisch-muslimischen Truppen. Inzwischen hat ihre proimperialistische Haltung zur Abspaltung eines großen Teils ihrer neuseeländischen Sektion und ihrer gesamten lateinamerikanischen Unterstützer geführt. Ebenso rief der dem „Vereinigten“ Sekretariat angeschlossene Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) zu „Workers Aid“ auf und organisierte Transporte in die UN-„Schutzzone“ Tuzla, in Zusammenarbeit mit der bosnisch-muslimischen Armee und unter dem direkten Schutz der imperialistischen UN-Blauhelme. Tuzla ist heute das Hauptquartier der US-Armee. Jetzt, wo immer mehr NATO-Truppen den Balkan überrollen, haben diese Gruppierungen erreicht, was sie wollten.

So erklärt es sich auch, daß seit den Bombardierungen der bosnischen Serben in den beiden Ausgaben der RSB-Zeitung *Avanti* die Forderung gegen NATO und Bundeswehr nicht mehr erhoben wird – und das angesichts der Mobilmachung von 60 000 NATO/Bundeswehr-Soldaten. Eine Erklärung des Politischen Komitees des RSB über „Die Normalität des Imperialismus“ (*Avanti*, Oktober/November 1995) stellt klipp und klar fest: „Objektiv nötig wäre eine anti-imperialistische und eine anti-militaristische Massenarbeit. Sie ist z. Zt. unmöglich.“ Warum? Weil die „Massen“ der „Friedens“bewegung nicht mehr existieren und ihre Sprecher sich in geifernde „Bellizisten“ verwandelt haben, steckt der RSB mit seiner Nachtrabpolitik total im Schlamassel. Aber genau besehen geht es darum, daß sich der RSB mit der „Workers-Aid“-Kampagne für die bosnisch-muslimischen Nationalisten selbst den Hut der Kriegstreiber aufgesetzt hat. Denn wie soll man „eine anti-imperialistische und eine anti-militaristische“ Position beziehen, wenn man gleichzeitig mit den Vasallen des eigenen Imperialismus im Bett liegt?

Nachtrabpolitik ist das Markenzeichen des pabloistischen Vereinigten Sekretariats. Als in den 60er Jahren Guerillabewegungen populär waren, war das VS begeistert dafür. In der Zeit des Kalten Krieges hat das VS jede antisowjetische Bewegung unterstützt, die durch den Imperialismus gefördert wurde: von der sozialdemokratischen DDR-„Friedens“bewegung über die antisemitische Solidarność in Polen bis zu Jelzins konterrevolutionärem Gegenputsch 1991. Die VS-Zeitung *International Viewpoint* druckte 1989 sogar kommentarlos eine Erklärung der estnischen Nazi-Kollaborateure „Waldbrüder“ ab (18. September). An der historischen Niederlage der internationalen Arbeiterklasse, die durch den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa besiegelt wurde, haben die Mandelianer nach Kräften mitgewirkt. So ist es kein Riesenschritt, wenn Catherine Samary, die internationale Bosnien-Spezialistin des VS, jetzt erklärt: „Es ist aus einigen sehr einfachen Gründen schwierig, gegen den Aufruf für NATO-Luftschläge zu sein.“ Sie argumentiert gegen „abstrakte ‚antiimperialistische‘ Losungen“ und will statt dessen den Imperialismus kritisieren für „seine Unfähigkeit, der reaktionären Politik auf dem Boden entgegenzutreten, ganz zu schweigen davon, diese aufzuhalten oder umzukehren“ (*International Viewpoint*, Oktober 1995). Also Opposition gegen den Imperialismus nur insofern, als die Imperialisten das „arme kleine Bosnien“ nicht ausreichend unterstützen. Ihre Strategie besteht darin, den Imperialismus zum Kämpfen zu bringen.

Anders als Samary erkennen der italienische VS-Führer Livio Maitan (gleichzeitig Mitglied von *Rifondazione comu-*

nista) und ein Flugblatt des Münchner RSB (undatiert) an, daß sich die NATO-Angriffe im Spätsommer gegen die bosnischen Serben richteten. Aber auch die Münchner Erklärung ruft nicht zur Verteidigung der bosnischen Serben auf und greift mit keinem Wort die „Workers-Aid“-Kampagne an, mit der das VS den Marionetten der Imperialisten direkt in die Hände spielte. Ihre Rolle besteht im wesentlichen darin, Druck auf den Samary-Flügel im VS auszuüben, der wiederum Druck auf die bosnisch-muslimischen Nationalisten ausüben will. Und was sowohl bei den RSB-Resolutionen wie beim Münchner Flugblatt am meisten hervorsteicht, ist das völlige Fehlen jeder unabhängigen Klassenperspektive der Arbeiterklasse. Als die französischen Arbeiterstreiks Truppentransporte und ein geplantes deutsch-französisches Militärmanöver verhinderten, zeigte sich das Potential ihrer sozialen Macht. Und sobald die NATO/Bundeswehr-Besatzerauf die ersten ernsthaften Probleme im Sumpf des nationalistischen Bürgerkriegs auf dem Balkan stoßen werden, kann dies auch unter den Arbeitern in Deutschland große Unruhe hervorrufen. Die Aufgabe der revolutionären Avantgarde ist es, den Kampf der Arbeiterklasse in einen bewußten Kampf gegen den Imperialismus und für die sozialistische Revolution zu wenden.

Der Imperialismus kann keinen „Frieden“ bringen, weil er Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter aller Länder bedeutet und unter den Großmächten zu einem wahnwitzigen Wettkampf um Profite führt. Es gibt aber kein Zurück zu Titos bürokratisch deformiertem Arbeiterstaat Jugoslawien, der zwar den Jahrhunderte alten nationalen Haß auf dem Balkan bis zu einem gewissen Grad überwinden konnte, aber nie über die nationalen Grenzen hinausging. Das stalinistische Dogma des „Sozialismus in einem Land“ war der ideologische nationalistische Ausdruck davon und stand im Gegensatz zur Weltrevolution, für die die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki kämpften. Die bürokratische Deformation des jugoslawischen Arbeiterstaats und Titos „Marktsozialismus“ haben den Weg zur Konterrevolution geebnet. Dauerhafter Frieden und nationale Gleichberechtigung für alle Völker der Region kann nur durch proletarische Revolutionen entstehen, die zu einer Sozialistischen Föderation des Balkans als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führen.

Die zunehmenden Rivalitäten zwischen den Imperialisten und deren Kampf um militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft spielen sich jetzt auf dem Schlachtfeld des Balkans ab. Die USA wollen zeigen, daß sie in der NATO immer noch das Sagen haben, während der deutsche Imperialismus Europa beherrschen und seinen Drang nach Osten durchsetzen will. So zum Beispiel gelang es Bonn, gegen die Absicht der USA durchzusetzen, daß Rußland auf dem Balkan ein Truppenkontingent als Teil der NATO-Streitkräfte stationiert.

Heute gibt es zwischen den USA, Deutschland und den anderen Invasoren eine vorübergehende Übereinstimmung der Interessen auf dem Balkan. Aber auf längere Sicht werden diese Rivalen unvermeidlich zusammenstoßen. Die imperialistische Aufteilung und die militärische Besetzung lösen nichts und legen die Basis für zukünftige Konflikte und Kriege, die auch den Einsatz von Atomwaffen bedeuten können. Bereits der Erste Weltkrieg fing auf dem Balkan an. Der erneute blutige Balkankonflikt ist ein starker Beweis dafür, wie dringend es ist, die weltweite Krise der proletarischen Führung durch den Aufbau von leninistischen Avantgardeparteien zu lösen. Jugendliche, die Revolutionäre sein wollen, müssen für den Aufbau der revolutionären Führung gewonnen werden. Dadurch wird die Vierte Internationale von Trotzki wiedergeschmiedet werden, die die imperialistischen Schlächter durch die sozialistische Weltrevolution stürzen wird. ■

SPARTAKIST

Imperialistischer „Frieden“ heißt mehr Blutvergießen

NATO/Bundeswehr – Raus aus dem Balkan!



Ralf Hirschberger/dpa

22. Dezember 1995: Vorauskommando der Bundeswehr in Kroatien, das den ersten militärischen Einsatz Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg vorbereitet

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, als die Nazi-Wehrmacht auf dem Balkan wütete, marschieren jetzt wieder deutsche Bodentruppen ein. Vor 50 Jahren ermordete der deutsche Imperialismus dort fast 60 000 Juden, 40 000 Roma, Hunderttausende Serben und brannte ganze Dörfer nieder. Der Einsatz von 4000 Bundeswehr-Soldaten heute erfolgt als Teil der NATO-Besetzung durch 60 000 Mann, die ihre Blauhelme gewechselt und ihre Panzer übermalt haben, um den Völkern des Balkans die imperialistische Aufteilung aufzuzwingen. Ihr Dayton-„Friedens“ diktat basiert direkt auf dem wochenlangen NATO-Bombenterror gegen die bosnischen Serben im Spätsommer letzten Jahres. Es wird von den gleichen imperialistischen Herrschern durchgesetzt, die die türkische Regierung für den mörderischen Krieg gegen die Kurden ausrüsten. Ihre Aufteilung des Balkans wird nur noch mehr Blutvergießen nach sich ziehen und den nationalistischen Haß unter den südslawischen Völkern weiter vertiefen. Die Arbeiter und Unterdrückten auf der ganzen Welt müssen fordern: Alle NATO-, Bundeswehr- und UN-Truppen raus aus dem Balkan, für immer!

Nach der Zerstörung der Sowjetunion haben die kapitali-

stischen Herrscher eine neue „Weltordnung“ ausgerufen, die mit dem NATO-Golfkriegsmassaker eingeleitet wurde, als durch Bombenterror 100 000 Iraker abgeschlachtet wurden und anschließend aufgrund der imperialistischen Hungerblockade 500 000 Kinder starben. Heute führen sie ihre Kriege ohne die ideologischen Schlachtrufe aus der Zeit des Kalten Krieges, sondern nur noch im Namen „humanitärer Hilfe“: Hatten sie früher ein vietnamesisches Dorf zerstört, um es vor dem Kommunismus zu „retten“, so töten sie heute Somalis, um ihnen gegen den Hunger zu „helfen“. Und im ehemaligen Jugoslawien sollen NATO-Diktat und NATO-Besetzung die „ethnischen Säuberungen“ beenden; doch in Wirklichkeit waren die NATO-Angriffe auf die bosnischen Serben im letzten Sommer militärisch so koordiniert, daß sie zur bislang größten „ethnischen Säuberung“ führten, nämlich gegen die Serben aus Kroatien und Bosnien.

Jetzt setzt die NATO Bodentruppen ein, deren Soldaten aus Ländern kommen, wo es in der Arbeiterklasse brodelte. Dies könnte für die Kapitalisten große Probleme und damit große Möglichkeiten für Revolutionäre schaffen. In Frankreich haben die Arbeiter mit ihren Massenstreiks die erste

Fortgesetzt auf Seite 22